

GI Aktuell

Hausmüllentsorgung: Keine Körperschaftsteuerpflicht der Kommunen.

Der Bundesfinanzhof hat durch Urteil vom 23.10.1996 – I R 1-2/94 entschieden, daß die juristischen Personen des öffentlichen Rechts – dazu gehören u. a. Gemeinden, Landkreise und kommunale Zweckverbände – mit ihren der Entsorgung des **Hausmülls** dienenden Betrieben nicht körperschaftsteuerpflichtig sind. Er hat die Hausmüllentsorgung durch einen Landkreis als eine Tätigkeit beurteilt, die überwiegend der Ausübung öffentlicher Gewalt dient und damit nicht der Körperschaftsteuer unterliegt. Der Rechtsstreit betraf die Abfallentsorgung des Landkreises in den Jahren 1984 und 1985. Die Entscheidung wird in Kürze veröffentlicht werden.

Noch **nicht** entschieden hat der Bundesfinanzhof mit dem Urteil die Frage, ob die Leistungen der Abfallentsorgungsbetriebe der juristischen Personen des öffentlichen Rechts der **Umsatzsteuer** unterliegen.

(Pressemitteilung d. BFH vom 24. 10. 1996)

Zusatzrenten der Bahn- versicherungsanstalt nur in Höhe des Ertragsanteils zu versteuern

Der Bundesfinanzhof hat mit Urteil v. 24. 7. 1996 – XR 105/95 entschieden, daß die von der Bahnversicherungsanstalt (früher: Bundesbahnversicherungsanstalt) gezahlten Zusatzrenten nicht voll zu versteuern sind. Sie sind **steuerrechtlich Leibrenten**, die nur mit ihrem Ertragsanteil steuerbar sind. Diese steuerrechtliche Zuordnung folgt daraus, daß die Renten keine mit ihrem vollen Betrag steuerbaren Ruhegelder (Pensionen), Witwengelder und andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen (§ 19 Abs. 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes) sind, sondern Leistungen aus dem mit der Bahnversicherungsanstalt bestehenden Versicherungsverhältnis. Aus dieser Rechts-

beziehung erhält der Versicherungsnehmer eigene, **aus dem versteuerten Arbeitslohn gezahlte Beiträge verzinslich zurück**. Der Steuer unterliegt nur der in der Form des Ertragsanteils (§ 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a des Einkommensteuergesetzes) pauschalierte Zinsanteil aus der Ansparung eigenen Vermögens. Dies gilt ungeachtet dessen, daß die Deutsche Bundesbahn (seit 1. 1. 1994: Bundeseisenbahnvermögen) verpflichtet ist, diese Versicherungsrenten sicherzustellen, und daß die Renten durch eine Zahlstelle der Deutschen Bundesbahn ausgezahlt wurden.

Das Urteil des Bundesfinanzhofs wird in Kürze veröffentlicht werden.

(Pressemitteilung d. BFH vom 14. 11. 1996)

GI Leitsätze

Verteidigung / Ausschießung / Tatbeteiligung eines RA

Die Ausschießung eines Rechtsanwaltes wegen des Verdachts einer Tatbeteiligung setzt nicht voraus, daß bereits Anklage gegen ihn erhoben worden ist.

(BGH, *Beschl. v. 29. 3. 1996 – 2 ARs 31/96 – wistra 1996, 272*)

Schätzungsbefugnis des Finanz- amtes / Mandatsniederlegung

Das Finanzamt ist auch dann zur Schätzung der Besteuerungsgrundlagen befugt, wenn dem Steuerpflichtigen die für die Fertigung der Steuererklärung benötigten Unterlagen nicht zur Verfügung stehen. Legt der Steuerpflichtige in diesem Fall dar, daß er nach Wegfall der vorübergehenden Hindernisgründe eine Steuererklärung abgeben werde, ist eine Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung geboten.

(FG München, *Urt. v. 18. 4. 1995 – 7 K 2 aus 93, rkr., LEX-inform 0127338, STEUER-TELEX 5022*)

Anmerkung:

Der Steuerberater hatte das Mandat niedergelegt und wegen offener Honoraransprüche das Zurückbehaltungsrecht ausgeübt.

Notarhaftung

- Treuhandverhältnis
- abweichende Weisungen
- Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden

(BGH, Ur. v. 11. 7. 1996 – IX ZR 116/95)

Leitsatz:

Zur haftungsausfüllenden Kausalität der Amtspflichtverletzung eines Notars, der weisungswidrig eine Hinterlegungs-summe auszahlt.

Tatbestand:

Die klagende Bank verlangt vom beklagten Notar Schadenersatz, weil er unter Verstoß gegen Auflagen eines Treuhandauftrags hinterlegtes Geld ausgezahlt habe.

Der Beklagte beurkundete am 7.2. 1990 ein – bis Ende des Jahres 1991 befristetes – Angebot von drei Interessenten (im folgenden: Käufer), ein Warenhausgrundstück für 20 Mio. DM zu kaufen (Urkundenrolle Nr. 68). Danach hing die Auffassung davon ab, daß der Kaufpreis gezahlt war; zur Sicherung der Kaufpreisforderung hatten die Käufer eine Bankbürgschaft zu stellen. Gleichzeitig bestellten die Grundeigentümer (fortan: Verkäufer) den Käufern ein Nießbrauchs- und Vorkaufsrecht (Urkundenrolle Nr. 69 des Beklagten).

Am 8.3.1990 sagte die Klägerin den Käufern einen „Aval-Kredit“ von 20 Mio. DM „zur Finanzierung des Grundstückserwerbs“ zu; als Sicherheit sollte eine Grundsuld in Höhe dieses Betrages im Rang vor allen anderen Rechten an dem Grundstück – mit Ausnahme eines Durchgangsrechts – eingetragen werden. Der Beklagte beurkundete am 16.3. 1990 ein geändertes Kaufangebot, in dem einer Grundsuld von 20 Mio. DM der Vorrang vor dem Nießbrauchsrecht eingeräumt wurde (Urkundenrolle Nr. 145). Am 19.3.1990 übernahm die Klägerin – unter Bezugnahme auf das ursprüngliche und das geänderte Kaufangebot – eine Bürgschaft von 20 Mio. DM „zur Sicherung der Verpflichtung zur Zahlung des Kaufpreises“;

in der Urkunde heißt es u. a.:

„Die Bürgschaft ist wirksam bei Kaufpreisfälligkeit gemäß Anlage I des in der Präambel dieser Bürgschaft genannten notariellen Kaufangebotes sowie gemäß UR-Nr. 145.

Die Bürgschaft erlischt mit Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde an uns, spätestens jedoch, wenn wir hieraus nicht bis zum 28.2.1992 unter Vorlage der Original-Bürgschaftsurkunde in Anspruch genommen sind.“

Die Klägerin übersandte die Bürgschaftsurkunde mit Schreiben von demselben Tage – unter Bezugnahme auf das ursprüngliche Kaufangebot – dem Beklagten; danach durfte dieser die Urkunde gemäß bestimmten „Auflagen“, u. a. nach Bestellung einer Grundsuld über 20 Mio. DM für die Klägerin, an die Verkäufer weitergeben.

Am 21.3. 1990 erkannten die Käufer an, der Klägerin ein Darlehen von 20 Mio. DM zu schulden. Das Nießbrauchs- und Vorkaufsrecht der Käufer wurde am 19.7.1990 im Grundbuch eingetragen. Die Verkäufer nahmen am 20.8.1991 das ursprüngliche Kaufangebot vom 7.2.1990 an und bestellten am 27.8.1991 der Klägerin eine Grundsuld über 20 Mio. DM; diese wurde am 19.9.1991 eingetragen. Eine Auflassungsvormerkung zugunsten der Käufer wurde am 20.9.1991 eingetragen.

Am 11.10.1991 forderten die Verkäufer den Beklagten auf, an sie den Kaufpreis zu überweisen, den die Klägerin auf einem – bei ihr geführten – Anderkonto des Beklagten hinterlegen sollte. Daraufhin gab dieser der Klägerin an demselben Tage eine entsprechende Anweisung. Mit dem – am 15.10.1991 eingegangenen – Schreiben vom 11.10.1991 erteilte die Klägerin unter Bezugnahme auf das ursprüngliche Kaufangebot dem Beklagten einen – bis zum 21.12.1991 befristeten – „Treuhandauftrag“ bezüglich der 20 Mio. DM, die die Klägerin „zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung“ dem Anderkonto des Beklagten am 14.10.1991 gutschrieb. In diesem Schreiben der Klägerin heißt es u. a.:

„Über diesen Betrag dürfen Sie verfügen, wenn Sie uns gegenüber sicherstellen, daß die zu unseren Gunsten bereits eingetra-

gene Grundschuld von DM 20.000.000 die erste Rangstelle erhält. Die Ihnen vorliegende Bürgschaftsurkunde muß uns zurückgegeben werden. Darüber hinaus müssen alle zur Eigentumsumschreibung benötigten Unterlagen – bis auf die steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung – vorliegen. Uns muß ferner ein von allen drei Erwerbern unterschriebener Zahlungsauftrag eingereicht werden (sobald dieser Auftrag vorliegt, werden wir Sie von der Erledigung dieser Auflage informieren).“

Am 15. 10. 1991 ging beim Beklagten ein Schreiben der Verkäufer vom 14. 10. 1991 ein, mit dem diese die Bürgschaftsurkunde übersandten „mit der Auflage, über die Bürgschaft nur gegen Zahlung des Kaufpreises ... zu verfügen“. Der Beklagte schrieb der Klägerin am 15. 10. 1991 u. a. folgendes:

„In Erfüllung der Treuhandauflage überreiche ich anliegend die Bürgschaftsurkunde Nr. 1 im Original.

Alle zur Eigentumsumschreibung benötigten Unterlagen mit Ausnahme der steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigung liegen vor.

Die von Ihnen gewünschte Zahlungsanweisung mit Unterschrift der drei Herren wird von diesen direkt vorgelegt.

Die Grundschuld ist eingetragen und ich habe mit gleicher Post beim Grundbuchamt die Löschung der Vorlasten beantragt.

Wunschgemäß bestätige ich die Annahme des Treuhandauftrages und überreiche anbei Ablichtung der Angebotsannahme vom 20. 8. 1991 zum dortigen Verbleib.“

Ich verweise auf mein Schreiben vom 11. 10. 1991, Fotokopie anbei, und bitte nach Maßgabe dieses Schreibens sofort die Überweisung vorzunehmen.“

Am 16. 10. 1991 wurden 20 Mio. DM vom Anderkonto des Beklagten an die Verkäufer überwiesen. Die Auflassung wurde am 12. 3. 1992 erklärt.

Im Juli 1993 wurde auf Antrag der Klägerin die Zwangsversteigerung des Grundstücks angeordnet, das einen Verkehrswert von 13,4 Mio. DM hat; als dessen Eigentümer sind noch die Verkäufer im Grundbuch eingetragen. Über das

Vermögen der Käufer wurde im September 1993 das Konkursverfahren eröffnet.

Die Klägerin hat zunächst vom Beklagten Zahlung von 20 Mio. DM Zug um Zug gegen Abtretung ihrer Grundschuld und ihrer Darlehensforderung gegen die Käufer verlangt. Diesen Klageanspruch hat das Landgericht abgewiesen. Im Berufungsverfahren hatte die Klägerin diesen Klageantrag zunächst weiterverfolgt und hilfsweise begehrt, die Schadenersatzpflicht des Beklagten wegen Verletzung des Treuhandauftrags vom Oktober 1991 festzustellen; in der Berufungsverhandlung hat die Klägerin nur noch den Feststellungsantrag gestellt. Diesem hat das Berufungsgericht stattgegeben. Mit seiner Revision beantragt der Beklagte, das Urteil des Landgerichts wiederherzustellen.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache (§§ 564, 565 Abs. 1 ZPO).

I.

Auf den zulässigen Feststellungsantrag (vgl. BGH, *Urt. v. 7. 6. 1988 – IX ZR 278/87, WM 1988, 1352, 1354; v. 14. 12. 1995 – IX ZR 242/94, WM 1996, 548, 549*) hat das Berufungsgericht zu Recht angenommen, der beklagte Notar habe eine Amtspflicht im Sinne des § 19 Abs. 1 BNotO schuldhaft verletzt. Insoweit wird das angefochtene Urteil von der Revision nicht beanstandet.

Der „Treuhandauftrag“ der Klägerin erstreckte sich – gemäß der zutreffenden Ansicht des Berufungsgerichts – auf eine typische Amtstätigkeit eines Notars im Rahmen der Betreuung der Beteiligten auf dem Gebiete vorsorgender Rechtspflege (§§ 23, 24 BNotO). Der Notar wird insoweit ausschließlich hoheitlich tätig; eine schuldhafte Verletzung der Amtspflicht, den Auftrag sorgfältig zu erledigen, begründet einen Anspruch aus Amtshaftung (BGH, *Urt. vom 17. 2. 1994 – IX ZR 158/93*).

1. Der Beklagte hat seine Amtspflicht, die ihm gegenüber der Klägerin als Auftraggeberin oblag, verletzt, indem er entgegen ihren bindenden Weisungen **vor Auszahlungsreife** über den hinterlegten Betrag verfügt hat (vgl. BGH, *Urt. v. 17. 2. 1994 – IX ZR 158/93, a.a.O. m.w.N.*).

Nach den unbeanstandeten tatrichterlichen Feststellungen hatte der Beklagte, als aufgrund seiner Anweisungen vom 11. und 15. 10. 1991 die Hinterlegungssumme am 16. 10. 1991 an die Verkäufer überwiesen wurde, **weisungswidrig nicht sichergestellt, daß die Grundschild der Klägerin den Rang vor dem Nießbrauchs- und Vorkaufsrecht der Käufer erhielt.** Außerdem verstieß die Auszahlung des Hinterlegungsbetrages gegen eine weitere Weisung der Klägerin, weil damals die Auflassung (§ 925 BGB) noch nicht erklärt worden war. An der Weisungswidrigkeit ändert – entgegen der Ansicht des Beklagten – nichts, daß nach dem Grundstückskaufvertrag der Kaufpreis vor der Auflassung fällig war (Teil C §§ 2, 3). Der Beklagte, der auch in einem Treuhandverhältnis zu den Parteien des Kaufvertrages – zur Vertragsabwicklung – stand, war **nicht berechtigt, die voneinander abweichenden Weisungen der Verkäufer und der Klägerin – zu deren Lasten – eigenmächtig in Einklang zu bringen** (vgl. BGH, Urt. v. 17. 2. 1994 – IX ZR 158/93, a.a.O.; Rinsche, *Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars* 5. Aufl. Rdnr. II 123 ff; Haug DNotZ 1982, 592, 599 f; Reithmann, *Vorsorgende Rechtspflege durch Notare und Gerichte* 1989 S. 221, 224, 226). Vielmehr hätte der Beklagte, bevor er den Treuhandauftrag der Klägerin annahm, versuchen müssen, die Weisungen der verschiedenen Auftraggeber einander anzupassen; mißlang dies, so hätte er den **Auftrag der Klägerin ablehnen müssen** (vgl. Seybold/Schippel/Reithmann, BNotO 6. Aufl. § 23 Rdnr. 34; Rinsche, a.a.O. Rdnr. II 128 ff; Haug a.a.O.; derselbe, *Die Amtshaftung des Notars* 1989, Rdnr. 696 – S. 197 –; Brambring DNotZ 1990, 615, 626; Kawohl, *Notaranderkonto* 1995, Rdnr. 134 – S. 77 –; vgl. auch BGH, Urt. v. 25. 3. 1981 – V ZR 168/81, NJW 1983, 1605, 1607).

2. Nach der unbeanstandeten Feststellung des Berufungsgerichts hat der Beklagte seine Amtspflicht fahrlässig verletzt (§ 276 BGB). Bei Beobachtung der erforderlichen Sorgfalt hätte er die Pflichtwidrigkeit seines Verhaltens erkennen und die sich daraus ergebenden Nachteile für die Klägerin vermeiden können und müssen.

II.

Mit Erfolg rügt die Revision jedoch, das Berufungsgericht habe für die weitere sachliche Begründetheit des Klagebegehrens nicht rechtsfehlerfrei festgestellt, daß die Entstehung eines **Schadens** aus der schuldhaften Amtspflichtverletzung des Beklagten wahrscheinlich ist (vgl. BGH, Urt. v. 25. 11. 1977 – I ZR 30/76, NJW 1978, 544; v. 18. 2. 1993 – IX ZR 48/92, NJW-RR 1993, 706).

Dazu hat das Berufungsgericht ausgeführt: Bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagten wäre die Hinterlegungssumme nicht ausgezahlt worden. Den sich daraus ergebenden Schaden der Klägerin habe der Beklagte zu ersetzen. Welcher Schaden entstanden sei, ergebe sich aus einem Vergleich der tatsächlichen Vermögenslage mit derjenigen, die sich bei pflichtgemäßem Handeln des Beklagten entwickelt hätte. Danach bestehe der ersatzfähige Schaden der Klägerin darin, daß sie durch die Amtspflichtverletzung des Beklagten die Dispositionsbefugnis über die auf dem Notaranderkonto hinterlegten Treuhandgelder verloren habe, weil sie diese nach Ablauf des Treuhandauftrages nicht mehr zurückerhalten habe. Bereits zu diesem Zeitpunkt habe sich ihr Rückforderungsanspruch in einen Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten umgewandelt. Die Klägerin müsse sich die Vermögensvorteile anrechnen lassen, die sie aus der Verwertung ihrer Grundschild erhalten werde. Dieser Betrag stehe noch nicht fest, so daß offen sei, ob dadurch ihr Schaden ausgeglichen werde. Der Bürgschaftsvertrag zwischen der Klägerin und den Verkäufern sei wirksam zustande gekommen, weil sich die Beteiligten entschlossen hätten, das Vertragswerk ohne das Nachtragsangebot vom 16. 3. 1990 durchzuführen. Aus der Bürgschaft sei die Klägerin nicht mehr zur Zahlung verpflichtet, weil der Beklagte ihr die Bürgschaftsurkunde mit Schreiben v. 15. 10. 1991 zurückgereicht habe und die Bürgschaftsforderung damit erloschen sei. Der Treuhandauftrag der Klägerin vom Okt. 1991 habe die im Rahmen der Abwicklung des Kaufvertrages zunächst zur Verfügung gestellte Bürgschaft abgelöst; die Bürgschaftsverpflichtung sei infolge der Sicherstellung der Verkäufer durch die Hinterlegung von 20 Mio. DM entfallen. Im Einklang damit seien die Beteiligten auch verfahren.

Diese Erwägungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. Zu Recht rügt die Revision die Ausführungen des Berufungsgerichts, die darauf hinauslaufen, daß der ersatzfähige Schaden infolge der weisungswidrigen Auszahlung der Hinterlegungssumme 20 Mio. DM betragen soll.

Zur Beantwortung der Frage, welchen Schaden die Amtspflichtverletzung des Notars zur Folge hatte, hat der Tatrichter gemäß § 287 ZPO festzustellen, welchen Verlauf die Dinge bei pflichtgemäßem Verhalten des Notars genommen hätten, und wie dann die Vermögenslage des Betroffenen wäre; diesen **haftungsausfüllenden Ursachenzusammenhang zwischen der Amtspflichtverletzung und dem geltend gemachten Schaden hat der Geschädigte darzulegen und zu beweisen** (BGH, Urt. v. 27.5.1993 – IX ZR 66/92, WM 1993, 1513, 1516; vgl. BGHZ 123, 311; 126, 217).

a) Davon ist das Berufungsgericht im Ansatz zutreffend ausgegangen. Es hat rechtsfehlerfrei festgestellt, daß bei pflichtgerechtem Verhalten des Beklagten die Klägerin nicht gemäß der Anweisung des Beklagten vom 11./15.10.1991 die – von ihr auf dem Notaranderkonto des Beklagten ohne Erfüllungswirkung hinterlegten (vgl. BGH, Urt. v. 17.2.1994 – IX ZR 158/93, a.a.O. 648) – 20 Mio. DM an die Verkäufer überwiesen und nach dem Ende des bis zum 21.12.1991 befristeten Treuhandauftrags ihren Hinterlegungsbetrag – möglicherweise Zug um Zug gegen Löschung ihrer Grundschuld – zurückerhalten hätte. Infolge des weisungswidrigen Verhaltens des Beklagten ist dies nicht der Fall; diese Schadenfolge wird vom Schutzbereich der Amtspflichten umfaßt, die für den Beklagten mit dem angenommenen Treuhandauftrag nach dessen Sinn und Zweck gemäß den Weisungen der Klägerin verbunden waren (vgl. BGH, Urt. v. 8.2.1990 – IX ZR 63/89, DNotZ 1990, 661, 663 ff = WM 1990, 940).

b) Das Berufungsgericht hat jedoch den hypothetischen Schadenverlauf nicht weiterverfolgt im Hinblick darauf, daß sich die Klägerin gemäß der tatrichterlichen Feststellung gegenüber den Verkäufern für die Zahlung des Kaufpreises durch die Käufer verbürgt hatte.

aa) Im Tatbestand seines Urteils hat das Berufungsgericht als unstreitig festgestellt, daß die

Parteien des Kaufvertrages im Einverständnis mit der Klägerin „in der Folgezeit“ von der Annahme des geänderten Kaufangebots vom 16.3.1990 abgesehen haben; in den Entscheidungsgründen wurde festgestellt, daß in der Berufungsinstanz unstreitig geworden ist, daß sich die Beteiligten entschlossen hatten, das Vertragswerk ohne dieses Nachtragsangebot durchzuführen. Da eine Tatbestandsberichtigung nach § 320 ZPO fehlt, bindet die tatsächliche Feststellung des Berufungsgerichts entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung das Revisionsgericht (§§ 314, 561 ZPO) und beweist auch, daß in diesem Punkte in der mündlichen Verhandlung anders vorgetragen wurde als in früheren Schriftsätzen (vgl. BGH, Urt. v. 19.6.1990 – XI ZR 280/89, BGHR ZPO 314 – Feststellungen 1). Im vorliegenden Falle kann dahinstehen, ob die Beweiskraft des § 314 ZPO durch eine tatrichterliche Bezugnahme auf den Inhalt der Schriftsätze entkräftet werden kann und gegebenenfalls das Berufungsurteil schon deswegen aufzuheben wäre. Das Berufungsgericht hat auf den vorgetragenen Inhalt der Schriftsätze nur „wegen der weiteren Einzelheiten“ – also lediglich bezüglich des nicht ausdrücklich festgestellten Sachverhalts – verwiesen.

Danach ist revisionsrechtlich davon auszugehen, daß die Verkäufer und die Klägerin als Parteien des Bürgschaftsvertrages die Vertragsurkunde vom 19.3.1990, in der die Bürgenhaftung an die Kaufpreisfälligkeit – kumulativ oder alternativ – gemäß dem Ursprungs- „sowie“ dem Nachtragsangebot geknüpft worden war, nachträglich dahin klargestellt haben, daß das erste Angebot maßgeblich sein sollte. Dementsprechend haben sich die Treuhandaufträge, die die Klägerin dem Beklagten bezüglich der Bürgschaftsurkunde am 19.3.1990 und am 11.10.1991 hinsichtlich der Hinterlegung erteilt hat, nur auf das ursprüngliche Angebot vom 7.2.1990 bezogen; in dem letztgenannten Auftrag hat die Klägerin den Beklagten „um eine Abschrift der notariellen Angebotsannahme zu dem im Betreff genannten Kaufvertragsangebot“ gebeten. Dieses erste Angebot, das den Verkäufern zugeleitet wurde und diesen eine Annahmefrist bis zum 31.12.1991 eingeräumt hat, wurde rechtzeitig angenommen (§§ 130, 145, 148 BGB).

bb) Gegen eine Inanspruchnahme aus der Bürgschaft hat die Klägerin lediglich unsubstantiiert vorgebracht, „sie hätte bei den bestehenden Unklarheiten zunächst von einer Valutierung abgesehen“. Das ist keine schlüssige Darlegung eines Schadens von 20 Mio. DM infolge der Amtspflichtverletzung des Beklagten. Nach seinem Vorbringen, das mangels anderer tatsächlicher Feststellungen im Revisionsverfahren als richtig zu unterstellen ist, wäre die Klägerin als Bürgin von den Verkäufern rechtzeitig – bis zum 28.2.1992 – in Anspruch genommen worden und hätte an diese 20 Mio. DM gezahlt; in diesem Falle wäre der Klägerin insoweit kein erstattungsfähiger Schaden entstanden, weil sie dann auch bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagten dieses Geld nicht hätte.

Dies hat das Berufungsgericht außer acht gelassen. Die von ihm in diesem Zusammenhang angewandten Grundsätze der Ausgleichung der – vom Schädiger zu beweisenden – anrechenbaren Vorteile aus dem Schadenereignis, die sich auch aus der Vermeidung eines anderweitigen Verlustes ergeben können (vgl. dazu BGHZ 91, 206, 209 f.; BGH, Urt. v. 15. 12. 1988 – III ZR 110/87, NJW 1989, 2117; v. 23. 6. 1992 – XI ZR 247/91, NJW-RR 1992, 1397), **betreffen die Schadenberechnung, die gegenüber dem – vom Geschädigten zu beweisenden – Ursachenzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und behauptetem Schaden nachrangig ist.** Dessen weitere Feststellung hat das Berufungsgericht mit unzutreffenden rechtlichen Erwägungen für entbehrlich gehalten. Seiner Ansicht, die Klägerin habe mit ihrem Treuhandauftrag an den Beklagten vom 11. 10. 1991 die im Rahmen der Abwicklung des Kaufvertrages zur Verfügung gestellte Bürgschaft abgelöst, fehlt die tatsächliche Grundlage. Die Klägerin hat den Käufern Kredit zur Finanzierung des Kaufpreises zur Verfügung gestellt; gegenüber den Verkäufern hat sich die Klägerin dafür verbürgt, daß die Käufer den Kaufpreis von 20 Mio. DM zahlten. Nach der Bürgschaftsurkunde erlosch zwar die Bürgschaft mit Rückgabe der Urkunde; da diese aber auf das Kaufangebot vom 7.2. 1990 Bezug nahm, bedeutete dies mit Rücksicht auf dessen Teil E, daß eine Aufhebung des Bürgschaftsvertrages – unter Rückgabe der Urkunde – die vollständige Zahlung des Kaufpreises oder das endgültige

Scheitern des Vertragschlusses voraussetzte (vgl. dazu BGH, Urt. v. 29. 10. 1979 – VIII ZR 293/78, WM 1980, 193, 194; OLG Hamburg WM 1986, 62, 63; Reinicke/Tiedtke, Bürgschaftsrecht 1995 Rdnr. 228 – S. 100). Außerdem hatte die Inanspruchnahme der Klägerin als Bürgin „unter Vorlage der Original-Bürgschaftsurkunde“ zu erfolgen. Nichts anderes besagt der Treuhandauftrag der Klägerin an den Beklagten. In ihrem Schreiben vom 11. 10. 1991 verwies die Klägerin ebenfalls auf das Kaufangebot vom 7.2. 1990 und teilte mit, daß sie 20 Mio. DM auf das Notaranderkonto „zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung“ überwiesen habe; das bezog sich auf die Kaufpreisschuld der Käufer, wie sich auch daraus ergibt, daß deren Zahlungsauftrag zur Treuhandauflage gemacht wurde. Danach konnte die Rückforderung der Bürgschaftsurkunde – in diesem Schreiben – verständigerweise nur bedeuten, daß diese Zug um Zug gegen Befriedigung der Verkäufer zurückzugeben war. Dementsprechend war die Anweisung des Beklagten an die Klägerin vom 15. 10. 1991 – unter Bezugnahme auf sein Schreiben vom 11. 10. 1991 –, von seinem Anderkonto bei der Klägerin 20 Mio. DM an die Verkäufer zu überweisen, in Verbindung mit der gleichzeitigen Rückgabe der Bürgschaftsurkunde zu verstehen. Danach ist – entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts – die Bürgschaftsforderung erst erloschen, als die Verkäufer den Kaufpreis erhielten, nicht aber bereits vorher mit der Folge, daß die Klägerin gar nicht mehr an die Verkäufer nach Rückgabe der Bürgschaftsurkunde hätte zahlen müssen. In diesem Sinne haben auch die Verkäufer – gemäß ihrem Schreiben an den Beklagten vom 14. 10. 1991 – und die Klägerin – im Schreiben an den Beklagten vom 29. 1. 1993 – die Rückgabe dieser Urkunde verstanden.

Wäre also bei pflichtgetreuem Verhalten des Beklagten die Auszahlung an die Verkäufer unterblieben, so wäre die Klägerin – gemäß der Bürgschaftsurkunde – bis zum 28.2.1992 der Bürgschaftsforderung der Verkäufer in Höhe von 20 Mio. DM ausgesetzt gewesen. Nach der – im Revisionsverfahren zugrunde zu legenden – Behauptung des Beklagten hätten die Verkäufer rechtzeitig und mit Erfolg die Klägerin aus der Bürgschaft in Anspruch genommen; dann stünde die Klägerin insoweit nicht besser als heute.

2. Die Revision beanstandet weiterhin zu Recht, daß das Berufungsgericht die Wahrscheinlichkeit eines Schadens aus der fahrlässigen Amtspflichtverletzung des Beklagten auch insoweit nicht rechtsfehlerfrei festgestellt hat, als nach dem Zusammenhang des Berufungsurteils ein Nachteil der Klägerin daraus hergeleitet wird, daß ihre Grundsuld im Rang nach dem Nießbrauchs- und Vorkaufsrecht der Käufer eingetragen wurde (§ 879 Abs. 1 BGB). Eine dadurch verursachte Vermögenseinbuße wäre allerdings, sollte sie auf der Pflichtverletzung des Beklagten beruhen, entgegen der Ansicht der Revision eine adäquate Schadenfolge und fiele bei wertender Betrachtung nach Zweck und Tragweite der verletzten Amtspflicht in deren Schutzbereich (vgl. BGH, *Urt. v. 8. 2. 1990 – IX ZR 63/89, a.a.O.*; v. 27. 5. 1993 – IX ZR 66/92, a.a.O. 1517; v. 20. 10. 1994 – IX ZR 116/93, *GI* 95, 70 = *NJW* 1995, 449, 451).

Das Berufungsgericht hat nicht festgestellt, daß die Klägerin die Erfüllung ihrer Bürgschaftsschuld von der Einräumung des Vorrangs für ihre Grundsuld abhängig machen durfte. Nach der Bürgschaftsurkunde v. 19. 3. 1990 war dies nicht der Fall, nachdem die Beteiligten – gemäß der bindenden tatrichterlicher Feststellung – vereinbart hatten, die Bürgschaft nicht an einen Vertragsschluß gemäß dem geänderten Kaufangebot v. 16. 3. 1990 zu knüpfen, in dem die Käufer einer Grundsuld bis zur Höhe von 20 Mio. DM den Vorrang vor ihrem Nießbrauchsrecht bewilligt hatten. Dementsprechend hat die Klägerin in ihrem Schreiben an den Beklagten v. 19. 3. 1990 die Weitergabe der Bürgschaft an die Verkäufer von der Bestellung der Grundsuld abhängig gemacht, ohne deren Rang festzulegen.

In diesem Zusammenhang wird zu prüfen sein, ob die Erklärungen der Verkäufer in der Grundsuldbestellungsurkunde vom 27. 8. 1991 bedeutsam sind für die Frage, ob die Klägerin die Erfüllung ihrer Bürgschaftsschuld von der Einräumung des Vorrangs für ihre Grundsuld hätte abhängig machen dürfen. Insoweit müssen die Parteien noch Gelegenheit erhalten, ihren Vortrag zu ergänzen (§ 139 ZPO). Nach den tatrichterlichen Feststellungen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Klägerin sich damit einverstanden erklärt hat, die Erfüllung ihrer Vertragspflichten nicht an die Einräumung des Vorrangs für ihre Grundsuld zu knüpfen.

3. Danach muß noch aufgeklärt werden, wie der hypothetische Geschehensverlauf bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagten gewesen wäre.

Hätte die Klägerin ohne dessen Amtspflichtverletzung die Bürgschaftsforderung der Verkäufer erfüllen müssen, ohne dies von der Einräumung des Vorrangs für ihre Grundsuld abhängig machen zu dürfen, so hat die Klägerin bisher keinen Vermögensnachteil dargelegt, der auf das pflichtwidrige Vorgehen des Beklagten zurückzuführen wäre. Dies gilt auch dann, wenn die Klägerin gemäß ihrer Behauptung 1. Mio. DM an den Verwalter im Konkurs über das Vermögen der Käufer gezahlt hat, um ihrer Grundsuld den Vorrang gegenüber dem Nießbrauchsrecht zu verschaffen und die Löschung des Vorkaufsrechts zu erhalten.

Mit seiner Behauptung, die Klägerin wäre von den Verkäufern rechtzeitig und mit Erfolg aus der Bürgschaft in Anspruch genommen worden, macht der Beklagte in der Sache den **Einwand einer „Reserveursache“** geltend (vgl. dazu BGHZ 104, 355, 358 ff, BGH, *Urt. v. 13. 10. 1966 – II ZR 173/64, NJW* 1967, 551 f). Dieser Einwand ist – mögen hypothetische Ereignisse, die zu einem späteren Zeitpunkt aus anderem Anlaß eingetreten wären, auch grundsätzlich außer Betracht zu bleiben haben (vgl. BGHZ 125, 56, 61 f m.w.N.) – im Streitfall deshalb beachtlich, weil die Klägerin der Bürgschaftsforderung bereits bei Eintritt des schädigenden Ereignisses ausgesetzt war und aus ihr nach der Behauptung des Beklagten ohne dieses Ereignis alsbald in Anspruch genommen worden wäre (vgl. in diesem Zusammenhang BGHZ 10, 6, 9 ff). Die Beweislast für diese Behauptung liegt beim Beklagten (vgl. BGHZ 78, 209, 214; BGH, *Urt. v. 29. 9. 1982 – IVa ZR 309/80, NJW* 1983, 1053).

Berufsrechtliche Verjährung §§ 51 b BRAO, § 68 StBerG, § 51 a WPO

- Wirkung des Mahnbescheides
- Erfassung des Sekundäranspruchs
(BGH, Urt. v. 2. 7. 1996 – IX ZR 19/96)

Leitsatz:

Die Erhebung der Klage oder der Erlaß eines Mahnbescheides, mit denen ein Regreßanspruch gegen einen Rechtsanwalt wegen Verletzung seiner anwaltlichen Pflichten geltend gemacht wird, unterbricht (auch) die Verjährung eines etwaigen, auf unterlassener Aufklärung über den Regreßanspruch und dessen Verjährung beruhenden Sekundäranspruchs.

Tatbestand:

Der Kläger erwarb im Dezember 1987 als Leasingnehmer eine Schweißpresse, mit der von ihm hergestellte Video-Kassetten jeweils mit Kunststoffolien zur Aufnahme von sogenannten Titelcovern verschweißt werden sollten. Das Leasingunternehmen kaufte die Presse von der Firma S. K. (im folgenden: K.) und trat etwaige Gewährleistungsansprüche an den Kläger ab. Am 21. 1. 1988, als die Maschine aufgestellt wurde, unterzeichneten der Kläger und K. eine Abnahmeerklärung, in der es hieß: „Mit der heutigen Lieferung beginnt auch die sechsmonatige gesetzliche Gewährleistungsfrist“. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Presse nicht richtig funktionierte, beauftragte der Kläger den verklagten Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen. Der Beklagte führte über die dabei gerügten Mängel der Maschine mit K. einen Schriftwechsel, der damit endete, daß K. mit Anwaltsschreiben vom 25. 5. 1988 Gewährleistungsansprüche als unbegründet zurückweisen ließ. Ende 1988/Anfang 1989 fanden weitere Verhandlungen unmittelbar zwischen dem Kläger und K. statt, die ohne konkretes Ergebnis blieben.

Nachdem der Kläger den Beklagten mit Schreiben vom 23. 5. 1989 gebeten hatte, die Erfolgsaussichten einer Klage gegen K. zu prüfen, beauftragte der Beklagte am 30. 6. 1989 eine beim Landgericht W. zugelassene Anwaltssozietät mit der Klageerhebung. Die Klage wurde am 5. 7. 1989 beim Landgericht W. eingereicht; der Beklagte war in dem sich anschließenden Rechtsstreit als Korrespondenzanwalt für den Kläger tätig. In der Klageerwidern vom 31. 8. 1989 berief sich K. u. a. auf Verjährung etwaiger Gewährleistungsansprüche. Der Kläger machte demgegenüber geltend, der Verkäufer habe arglistig verschwiegen, daß die Presse für seine Zwecke, die jenem bekannt gewesen seien, nicht geeignet sei. Durch Urteil v. 19. 1. 1993 wies das Landgericht W. die Klage mit der Begründung ab, etwaige Gewährleistungsansprüche des Klägers seien seit dem 21. 7. 1988 verjährt. Im anschließenden Berufungsverfahren verkündeten die Prozeßbevollmächtigten des Klägers gleichzeitig mit der am 5. 5. 1993 eingereichten Berufungsbegründung dem Beklagten den Streit; der Streitverkündungsschriftsatz wurde diesem am 10. 5. 1993 zugestellt. Die Berufung hatte keinen Erfolg; auch das Oberlandesgericht D. hielt den Klageanspruch für verjährt. Mit anwaltlichem Mahnbescheidantrag v. 30. 6. 1994, der am 4. 7. 1994 beim Amtsgericht V. einging, verlangte der Kläger durch seine nunmehrigen Anwälte vom Beklagten Zahlung von 44.393,82 DM als Schadenersatz „aus positiver Vertragsverletzung des Anwaltsvertrages betreffend die Geltendmachung von Zahlungsansprüchen gegen Herrn S. K. gemäß Aufforderungsschreiben der Unterzeichner v. 6. 6. 1994“.

In dem anschließenden streitigen Verfahren hat der Kläger dem Beklagten vorgeworfen, daß dieser nicht vor Ablauf der Gewährleistungsfrist die gerichtliche Durchsetzung der Gewährleistungsansprüche gegen K. veranlaßt und ihm nach Eintritt der Verjährung nicht von der Rechtsverfolgung wegen Aussichtslosigkeit abgeraten habe. Das Landgericht hat die Klage mit der Begründung abgewiesen, der Kläger habe nicht ausreichend dargelegt, daß die Schweißpresse nicht dem von den Vertragsparteien vorausgesetzten Zweck entsprochen habe. In der Berufungsinstanz hat der Beklagte die Einrede der Verjährung erhoben. Daraufhin

hat der Kläger sich im Schriftsatz v. 12.9.1995 auf den Standpunkt gestellt, die Verjährungseinsrede sei wegen eines „Sekundäranspruchs“ unbegründet; der Beklagte habe ihn während des Rechtsstreits gegen K. nicht auf den gegen ihn selbst bestehenden Schadenersatzanspruch und die dafür geltende Verjährungsfrist hingewiesen.

Das Berufungsgericht hat die Berufung zurückgewiesen. Mit der – zugelassenen – Revision verfolgt der Kläger sein Schadenersatzbegehren weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

1. Das Berufungsgericht ist ohne Rechtsfehler davon ausgegangen, daß der Beklagte seine anwaltlichen Pflichten verletzt habe. Dieser hatte im Rahmen des ihm im Jahre 1988 erteilten Auftrags dafür zu sorgen, daß die am 21.7.1988 ablaufende **Gewährleistungsfrist** gewahrt wurde. Er durfte nach dem Ablehnungsschreiben K.s vom 25.5.1988 die weitere Behandlung der Angelegenheit nicht einfach dem Kläger überlassen, ohne ihn auf die Bedeutung der Gewährleistungsfrist hinzuweisen. Das hat das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt. Aus dem Gesichtspunkt der arglistigen Täuschung durch den Verkäufer durfte er wegen des insoweit bestehenden **hohen Risikos** für den Kläger **nicht auf die Unschädlichkeit der Überschreitung der Regelfrist von sechs Monaten vertrauen**. Darüber hinaus hat der Beklagte, wie das Berufungsgericht ebenfalls rechtsfehlerfrei angenommen hat, dadurch pflichtwidrig gehandelt, daß er den Kläger nach Ablauf der Gewährleistungsfrist nicht über das nunmehr bestehende große **Risiko einer Klage** gegen den Verkäufer hingewiesen hat.

2. Das Berufungsgericht hat offengelassen, ob die vom Verkäufer gelieferte Presse mangelhaft war und der Kläger deshalb den Prozeß gegen K. bei rechtzeitiger Klageerhebung gewonnen hätte. Es hat im einzelnen dargelegt, daß hierzu eine Beweisaufnahme nötig sei, die das Landgericht verfahrensfehlerhaft unterlassen habe, und daß es aus diesem Grunde, wenn es hierauf ankäme, gerechtfertigt wäre, die Sache an das

Landgericht zurückzuverweisen. Auch diese Ausführungen sind aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden. Für die Revisionsinstanz ist deshalb davon auszugehen, daß der Kläger bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagten den Prozeß gegen K. gewonnen hätte, daß er aber auf der anderen Seite, wenn er nach Eintritt der Gewährleistungsverjährung auf das hohe Prozeßrisiko hingewiesen worden wäre, von der Klageerhebung – was das Berufungsgericht ebenfalls offengelassen hat – abgesehen und damit wenigstens die Prozeßkosten gespart hätte.

3. Das Berufungsgericht hat die Klage wegen Verjährung als unbegründet angesehen. Daran ist richtig, daß, **soweit es um den Verlust der Gewährleistungsansprüche geht, die Verjährung nach dem damaligen § 51 (jetzt § 51 b) BRAO erste Alternative mit Eintritt der Gewährleistungsverjährung am 22.7.1988 begann** (vgl. Senatsurt. v. 14.7.1994 – IXZR 204/93, WM 1994, 2162, 2164) **und am 21.7.1991** (nicht, wie das Berufungsgericht gemeint hat, am 22.7.1991) **abliefe**. Das Berufungsgericht hat darüber hinaus angenommen, daß auch ein Sekundäranspruch gegen den Beklagten verjährt sei. Die Verjährung dieses Anspruchs sei drei Jahre nach Verjährung des Primäranspruchs, also am 23. (richtig: 21.) Juli 1994 eingetreten und durch die dem Beklagten in der Berufungsinstanz des Vorprozesses im Mai 1993 zugestellte Streitverkündung nicht wirksam unterbrochen worden, weil der jetzige Prozeß gegen den Beklagten nicht innerhalb der Frist des § 215 Abs. 2 BGB eingeleitet worden sei. Der am 4.7.1994 eingereichte Mahnbescheidantrag sei zwar an sich im Hinblick auf die am 21.2.1994 eingetretene Rechtskraft des im Vorprozeß ergangenen Urteils des Oberlandesgerichts D. geeignet gewesen, die Frist des § 215 Abs. 2 BGB zu wahren; er habe indessen nur den ursprünglichen – schon vor der Streitverkündung verjährten – Regreßanspruch, nicht aber den Sekundäranspruch zum Gegenstand gehabt.

In dieser Beurteilung kann dem Berufungsgericht nicht gefolgt werden. **Der Sekundäranspruch ist zwar ein zum eigentlichen Regreßanspruch hinzutretender Schadenersatzanspruch, der auf der Verletzung der Pflicht des Rechtsanwalts beruht, den Man-**

danten über einen ihm – dem Anwalt – aufgrund eines konkreten Anlasses erkennbaren Fehler und die Möglichkeit eines sich daraus ergebenden Regreßanspruchs sowie die dafür geltende kurze Verjährungsfrist aufzuklären (BGHZ 83, 17, 26; BGHZ 94, 380, 386 ff).

Dieser Anspruch ist aber als solcher nicht auf einen Schadenausgleich in Form einer Geldzahlung gerichtet, sondern er hat zur Folge, daß es dem Anwalt versagt ist, sich mit Erfolg auf die Einrede der Verjährung zu berufen. Der Einrede kann, wenn sie erhoben wird, der Sekundäranspruch als Gegeneinwand entgegengesetzt werden (BGHZ 83, 17, 27); **die Verjährung des Regreßanspruchs gilt als nicht eingetreten** (BGHZ 71, 144, 149). Der Sekundäranspruch kann danach nicht losgelöst vom ursprünglichen Schadenersatzanspruch gegen den Rechtsanwalt betrachtet werden. Er hat, wie an sich auch das Berufungsgericht insoweit richtig gesehen hat, nur in bezug auf jenen Regreßanspruch seinen Sinn, indem er als eine Art Hilfsrecht dem Geschädigten die Durchsetzung des ohne ihn verjährten Schadenersatzanspruchs ermöglicht (vgl. *Borgmann/Haug, Anwaltshaftung* 3. Aufl., XRdnr. 34; *Zugehör NJW Beilage zu Heft 21/1995, S. 17*). **Als ein solches Hilfsrecht wird der Sekundäranspruch, sei es durch Klageerhebung, sei es durch Mahnbescheid, immer zugleich mit dem Regreßanspruch geltend gemacht** (a. A. *Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars*, 5. Aufl. Rdnr. 1286). Dies ist für den Rechtsanwalt, der sich dem Anspruch ausgesetzt sieht, ohne weiteres erkennbar; denn er weiß oder müßte aufgrund seiner Fachkunde wissen, daß dem Schadenersatzanspruch seines Mandanten die Primärverjährung entgegensteht. Mit der Entscheidung über den Regreßanspruch erledigt sich auch der Sekundäranspruch; denn beide sind auf das gleiche Endziel – den Ausgleich des durch den ursprünglichen Anwaltsfehler bewirkten Schadens – gerichtet. **Der verklagte Anwalt läuft deshalb keine Gefahr, nach Rechtskraft eines über den Schadenersatzanspruch entscheidenden Urteils noch zusätzlich wegen Verletzung seiner den Regreßanspruch betreffenden Aufklärungspflicht in Anspruch genommen zu werden.** Auf der anderen Seite würde der Geschädigte,

wenn er von vornherein ausdrücklich den nur für den Fall der Erhebung der Verjährungseinrede bedeutsamen Sekundäranspruch geltend machte, diese geradezu herausfordern. Dazu ist er nicht gehalten.

Es besteht nach alledem kein Grund, die verjährungsunterbrechende Wirkung einer Klage oder eines Mahnbescheids auf den Primäranspruch, der in den in Betracht kommenden Fällen zu diesem Zeitpunkt ohnehin verjährt ist, zu beschränken.

4. Die Entscheidung hängt danach davon ab, ob dem Kläger die vermeintlichen Gewährleistungsansprüche gegen den Verkäufer tatsächlich zustanden, bevor sie infolge der Pflichtverletzung des Beklagten verjährt. Diese bisher vom Berufungsgericht offengelassene Frage muß nunmehr beantwortet werden. Dazu bedarf es, wie das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei dargelegt hat, weiterer tatsächlicher Feststellungen, die das Landgericht aufgrund wesentlicher Verfahrensfehler unterlassen hat. Die Sache ist daher gemäß §§ 565 Abs. 3 Nr. 1, 539 ZPO unter Aufhebung der vorinstanzlichen Urteile an das Landgericht zurückzuverweisen (vgl. BGHZ 16, 71, 82; 101, 134, 141).

Steuerberaterhaftung

- Verjährung, § 68 StBerG
- Anlaß zur Belehrung über Fehler (BGH, *Urt.v. 20. 6. 1996 – IX ZR 100/95*)

Leitsätze:

a) Hat der Steuerberater pflichtwidrig gegen einen Steuerbescheid keinen Rechtsbehelf eingelegt, so beginnt die Verjährung des Ersatzanspruchs mit Eintritt der Bestandskraft des Bescheids.

Hat der Steuerberater einen Einspruch nicht ordnungsgemäß begründet, so beginnt die Verjährung mit Bekanntgabe des Einspruchsbescheids.

b) Nach Beendigung des Mandats trifft den Steuerberater, sofern er nicht von seinem Mandanten – vor Eintritt der

Primärverjährung – ein neues Mandat über denselben Gegenstand erhält, keine Pflicht, seine frühere Tätigkeit auf etwaige Fehler zu überprüfen und den Mandanten auf einen sich daraus etwa ergebenden Regreßanspruch und die dafür geltende Verjährungsfrist hinzuweisen.

c) Hat ein Steuerberater vor Vertragsende einen entsprechenden Anlaß, so muß er grundsätzlich im Rahmen der Abwicklung des Mandats die Art der Erledigung seines Auftrags auf ihre Ordnungsmäßigkeit überprüfen und den Mandanten auf einen etwaigen Regreßanspruch und dessen Verjährung hinweisen.

Tatbestand:

Die Kläger wurden als zusammenveranlagte Eheleute seit 1985 vom Beklagten in ihren steuerlichen Angelegenheiten betreut. Der Kläger zu 1. (im folgenden: Kläger) war als Gesellschafter an der W.Z. OHG und der K.&Z. GmbH & Co. KG beteiligt. Mit dieser Gesellschaft hatte er schon vor Beginn des Vertragsverhältnisses mit dem Beklagten aus steuerlichen Gründen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet, auf die er seinen OHG-Anteil im Innenverhältnis in Form einer Unterbeteiligung übertrug. Innerhalb der BGB-Gesellschaft („W.Z. und K.&Z. GmbH & Co. KG GbR“) wurde der auf den Kläger entfallende Gewinn aus der OHG zunächst zu 50 % und später zu 60 % der KG zugewiesen. Nachdem das Finanzamt H.-L. diese rechtliche Gestaltung für die Jahre 1981 bis 1983 vorläufig anerkannt hatte, erließ es nach einer Außenprüfung am 16. 11. 1987 einen geänderten Bescheid über die gesonderte und einheitliche Feststellung der Einkünfte des Klägers aus der OHG, in dem diesem der jeweils auf ihn entfallende Gewinnanteil ohne Abzug von Sonderbetriebsausgaben im Hinblick auf die Unterbeteiligung der KG zugerechnet wurde. Am selben Tage erließ das Finanzamt einen weiteren Bescheid über die gesonderte und einheitliche Feststellung der Einkünfte der zwischen dem Kläger und der KG bestehenden BGB-Gesellschaft; darin wurde der jeweilige Gewinn des Klägers aus der OHG diesem zu

100 % und der KG zu 0 % zugewiesen. In den auf dieser Grundlage vom Finanzamt H.-N. für die Jahre 1981 bis 1983 erlassenen Einkommensteuerbescheiden v. 26. 1. 1988 wurde bei den Einkünften des Klägers aus Gewerbebetrieb dessen OHG-Gewinnanteil aus beiden Feststellungsbescheiden übernommen und damit doppelt angesetzt. Die hiergegen eingelegten Einsprüche, die der Beklagte nicht begründete, wies das Finanzamt am 16. 6. 1988 zurück. Die Klage, die ein anderer, nunmehr von den Klägern beauftragter Steuerberater beim Finanzgericht erhob, nahmen die Kläger aufgrund des Ergebnisses der dort am 6. 6. 1991 durchgeführten mündlichen Verhandlung zurück.

Die Kläger nehmen den Beklagten mit einem Haupt- und drei Hilfsanträgen auf Schadenersatz wegen der zu hoch festgesetzten Steuern in Anspruch. Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen. Mit der Revision verfolgen die Kläger den Klageanspruch weiter.

Aus den Gründen:

Auf die Revision ist die Klage hinsichtlich des auf Zahlung an die Kläger gerichteten Hauptantrags dem Grunde nach für gerechtfertigt zu erklären und die Sache zur Entscheidung über die Anspruchshöhe an das Landgericht zurückzuverweisen.

I. •

Das Berufungsgericht hat im Ergebnis zur Recht angenommen, daß der Beklagte seine Pflichten aus dem Steuerberatervertrag mit den Klägern verletzt hat.

Nach den Behauptungen der Kläger hat das Betriebsfinanzamt beide Gewinnfeststellungsbescheide – für die OHG und für die BGB-Gesellschaft – dem Beklagten durch Aufgabe zur Post zugestellt, und dieser hat danach gegen keinen der Bescheide für die Kläger Einspruch eingelegt. Der Beklagte hat demgegenüber vorgetragen, ihm sei nur der die OHG betreffende Bescheid zugegangen und gegen diesen habe er auch rechtzeitig Einspruch eingelegt; für die BGB-Gesellschaft habe er dagegen gar kein Mandat gehabt. Das Berufungsgericht hat hierzu keine tatsächlichen Feststellungen getroffen.

1. Für die Revisionsinstanz ist zunächst von der Darstellung der Kläger auszugehen. Das Berufungsgericht hat für den Fall, daß diese zutrifft, gemeint, der Beklagte hätte, um der Gefahr der doppelten Zurechnung des Gewinnanteils vorzubeugen, beide Feststellungsbescheide angreifen müssen. Das trifft für den die OHG betreffenden Bescheid nicht zu. Dieser Bescheid war, da die Verlagerung eines Teils des Gewinns des Klägers auf die KG steuerlich unwirksam war – davon gehen die Parteien übereinstimmend als der Rechtslage entsprechend aus –, rechtlich nicht zu beanstanden. Wenn der Gewinnanteil in steuerlicher Hinsicht nicht der Gesellschaft bürgerlichen Rechts, sondern in vollem Umfang dem Kläger zuzurechnen war, dann kam ein Abzug von Sonderbetriebsausgaben nicht in Betracht. Auf dieser Grundlage hätte vielmehr eine gesonderte Gewinnfeststellung für die BGB-Gesellschaft unterbleiben müssen. Stand dieser steuerlich kein Anteil am Gewinn des Klägers zu, dann gab es insoweit nichts einheitlich festzustellen und zu verteilen.

Der Beklagte hätte deshalb – darin hat das Berufungsgericht jedenfalls recht – den für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts erlassenen Feststellungsbescheid durch Rechtsmittelanlegung angreifen müssen. Das war wegen der grundsätzlichen Bindungswirkung des Grundlagenbescheids für das Veranlagungsverfahren (§ 182 Abs. 1 AO) erforderlich. Möglicherweise bestand zwar eine solche Bindungswirkung hier in Wirklichkeit nicht, weil bei vernünftiger Auslegung der beiden Feststellungsbescheide vielleicht auch das Wohnsitzfinanzamt hätte erkennen können, daß es sich um jeweils denselben Gewinnanteil des Klägers handelte. Darauf kommt es indessen nicht an. **Schon das Vorhandensein zweier grundsätzlich mit Bindungswirkung versehener Grundlagenbescheide barg eine so große Gefahr doppelter Zurechnung der darin festgestellten Einkünfte, daß der Beklagte gegen den unzutreffenden Bescheid hinsichtlich der Einkünfte der Gesellschaft bürgerlichen Rechts hätte vorgehen müssen.**

2. Der Beklagte hat, wie das Berufungsgericht im Ergebnis richtig gesehen hat, auch unabhängig davon, ob ihm der die BGB-Gesellschaft

betreffende Feststellungsbescheid zugegangen ist, seine Pflichten als Steuerberater den Klägern gegenüber verletzt. Als ihm die Einkommensteuerbescheide v. 26.1.1986 zugehen, mußte er diese auf ihre Richtigkeit überprüfen. Tatsächlich hat er sich mit ihnen befaßt, denn er hat gegen die Bescheide für die Kläger Einspruch eingelegt, ohne diesen indessen zu begründen. Der Beklagte hat dazu vorgetragen, mit dem Einspruch habe die Anerkennung des Verlustes aus dem inzwischen eingetretenen Konkurs über das Vermögen der KG erreicht werden sollen; den doppelten Ansatz des Gewinnanteils des Klägers aus der OHG habe er nicht bemerkt, weil er den Feststellungsbescheid für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts nicht gekannt habe. Auch wenn man von letzterem ausgeht – die Kläger haben sich den Vortrag des Beklagten in diesem Punkt hilfsweise zu eigen gemacht –, hat sich der Beklagte damit pflichtwidrig verhalten. Er war seit 1985 allgemein mit der Bearbeitung der Einkommensteuererklärungen der Kläger beauftragt. Dazu gehörte es, bei Erlass eines Einkommensteuerbescheids das darin enthaltene Ergebnis mit der betreffenden Einkommensteuererklärung zu vergleichen. Es ist zwar nicht vorgetragen, ob der Beklagte bereits die Steuererklärungen für die Jahre 1981 bis 1983, um die es hier ging, selbst erarbeitet hatte. Sollte dies nicht der Fall gewesen sein, so hätte er sich doch die Durchschriften der Erklärungen von den Klägern geben lassen müssen, damit er den erwähnten Vergleich vornehmen konnte. **Hätte er dies getan, dann hätte ihm ohne weiteres auffallen müssen, daß die veranlagten Einkünfte aus Gewerbebetrieb mit den in den Erklärungen enthaltenen Zahlen nicht bereinstimmen.**

Diesen Differenzen hätte er nachgehen müssen; notfalls hätte er das Finanzamt um Erläuterung bitten können. Dabei wäre er auf den ihm angeblich nicht zugegangenen Feststellungsbescheid betreffend die BGB-Gesellschaft und die doppelte Anrechnung des OHG-Gewinnanteils gestoßen. Auf sie hätte er zur Begründung des Einspruchs hinweisen müssen. Außerdem hätte er auch, wenn er, wie er weiter behauptet hat, für die BGB-Gesellschaft kein Mandat gehabt haben sollte, im Rahmen seines Auftrags für das Einkommensteuerverfahren und der insoweit eingelegten Rechtsmittel die

Kläger darauf aufmerksam machen müssen, daß es zumindest ratsam sei, gegen jenen Feststellungsbescheid vorzugehen. Dieser war, wie sich den das Feststellungsverfahren für die BGB-Gesellschaft betreffenden Akten entnehmen läßt, am 19.11.1987 an den Beklagten als Empfangsbevollmächtigten der Kläger abgeschickt worden. Ein durch Aufgabe zur Post abgesandter Bescheid gilt zwar nach **§ 122 Abs. 2 AO** mit Ablauf von drei Tagen als zugegangen. **Diese gesetzliche Vermutung ist jedoch widerlegbar, wobei letztlich verbleibende Zweifel zu Lasten des Finanzamts gehen** (vgl. Klein/Orlopp, AO 5. Aufl. § 122 Anm. 4 c).

II.

Die aus den Pflichtverletzungen des Beklagten sich ergebenden Ansprüche der Kläger sind entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts nicht verjährt.

1. Allerdings sind die Ansprüche nach **§ 68 StBerG** verjährt, wenn man zunächst die Pflicht des Beklagten außer Betracht läßt, seine Mandanten auf die von ihm begangenen Fehler, etwaige darauf beruhende Schadenersatzansprüche und die dafür laufende Verjährungsfrist hinzuweisen.

a) Hat der Beklagte, wie auf der Grundlage des tatrichterlich nicht geprüften Hauptvorbringens der Kläger anzunehmen ist, seine Pflichten bereits dadurch verletzt, daß er gegen den die Gesellschaft bürgerlichen Rechts betreffenden **Feststellungsbescheid keinen Rechtsbehelf** eingelegt hat, so trat, wie das Berufungsgericht insoweit zutreffend angenommen hat, der **Schaden**, der den Anspruch der Kläger im Sinne des **§ 68 StBerG** entstehen ließ, **mit der Bestandskraft jenes Bescheides ein**, falls dieser gemäß **§ 182 Abs. 1 AO** für das Verfahren zur Einkommensteuerveranlagung bindend war. Zwar beginnt die Verjährung für einen Anspruch gegen einen Steuerberater, der steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet hat, regelmäßig nicht erst mit der Bestandskraft, sondern bereits mit **Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids** (BGHZ 129, 386, 389 f = GI 95, 169; vgl. auch BGHZ 119, 69, 72 f = GI 92, 311). Das kann aber nicht gelten, wenn das pflichtwidrige Verhalten des Steuerberaters erst nach Erlaß des Steuerbescheids einsetzt. **Besteht**, wie im

vorliegenden Fall, **die Pflichtwidrigkeit darin, daß der gebotene Rechtsbehelf gegen den Bescheid nicht eingelegt wird, so entsteht der Schaden in dem Augenblick, in dem der Steuerpflichtige von sich aus nicht mehr durch einen Rechtsbehelf die Abänderung des Steuerbescheids erwirken kann**; die eng begrenzten Abänderungsmöglichkeiten nach **§ 173 AO** reichen nicht aus, den Eintritt des Schadens erst für den Zeitpunkt anzunehmen, von dem an auch sie nicht mehr bestehen (BGHZ 114, 150, 153 ff). Die Verjährung begann danach spätestens Ende Dezember 1987 zu laufen.

Sollte, was hier nicht zu entscheiden ist, im vorliegenden Fall **wegen der Doppelzuweisung derselben Einkünfte in zwei Grundlagenbescheiden derjenige für die BGB-Gesellschaft ausnahmsweise nicht bindend gewesen sein, dann wäre der Schaden erst entstanden, als sich das festgestellte Ergebnis in einem im Einkommensteuerveranlagungsverfahren ergangenen ungünstigen Bescheid niederschlug**. Denn dann wandelte sich das bloße Risiko der Entstehung eines Schadens nicht schon mit Eintritt der Bestandskraft des Feststellungsbescheids, sondern erst mit Erlaß des die Einkommensteuer festsetzenden Bescheids in eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage um. Die geänderten Einkommensteuerbescheide für die Jahre 1981 bis 1983 v. 26. 1. 1988 sind dem Beklagten offenbar am 27. 1. 1988 zugegangen; denn er hat dagegen nach den Feststellungen des Berufungsgerichts bereits an diesem Tag Einspruch eingelegt. Auf die Bestandskraft **dieser** Bescheide kommt es für den Verjährungsbeginn nicht an (vgl. BGHZ 129, 386, 389 f = GI 95, 169).

Ein durch die Unterlassung der Rechtsmittelinlegung ausgelöster Schadenersatzanspruch war danach unbeschadet einer Sekundärhaftung des Beklagten (vgl. dazu unten 2) spätestens Ende Januar 1991 verjährt. Die Klage ist erst am 9. 1. 1992 eingereicht worden.

b) Ist, wie die Kläger hilfsweise unter Übernahme des diesbezüglichen Vorbringens des Beklagten vorgetragen haben, der Feststellungsbescheid für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts weder dem Beklagten noch den Klägern selbst wirksam zugestellt worden, dann lag, wie

oben (I 2) ausgeführt worden ist, die **Pflichtverletzung** des Beklagten – **erst – darin, daß er die Einkommensteuerbescheide vom 26. 1. 1988 nicht mit der gehörigen Sorgfalt auf ihre Richtigkeit überprüft**, die doppelte Zurechnung der Einkünfte nicht gerügt und die Kläger nicht veranlaßt hat, gegen den – bei dieser Fallgestaltung bis zum Erlaß des Einspruchsbescheids vom 16. 6. 1988 nicht bestandskräftig gewordenen – Feststellungsbescheid Einspruch einzulegen. Begeht der Steuerberater im Einspruchsverfahren einen Fehler, dann kann es für den Schadeneintritt und damit den Verjährungsbeginn wiederum nicht auf den Zeitpunkt des früheren Erlasses des Einkommensteuerbescheids oder sogar, wie das Berufungsgericht gemeint hat, des diesem zugrunde liegenden Grundlagenbescheids ankommen; **denn ein Schadenersatzanspruch kann nicht entstehen, bevor die den Schaden auslösende Vertragsverletzung begangen worden ist. Maßgeblich ist** vielmehr auch in einem solchen Fall **die Bekanntgabe des Bescheids der Finanzbehörde, in dem sich der vom Steuerberater begangene Fehler niederschlägt**, das ist der das Rechtsbehelfsverfahren abschließende **Einspruchsbescheid**. Er gibt dem Mandanten – wie schon der vorangegangene Steuerbescheid – Anlaß zur Prüfung, ob der Steuernachteil auf einem Beratungsfehler seines Steuerberaters beruht. Mit ihm ist eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eingetreten; **ob der Schaden bestehen bleibt, ist für den Verjährungsbeginn ohne Bedeutung** (BGHZ 119, 69, 70 f = GI 92, 311).

Den Verjährungsbeginn bis zum Eintritt der Bestandskraft des Steuerbescheids und ggf. bis zur Beendigung eines sich an das Steuerfestsetzungsverfahren anschließenden Finanzgerichtsrechtsstreits hinauszuschieben wäre mit Sinn und Zweck des § 68 StBerG nicht zu vereinbaren (BGHZ 129, 386, 390). **Inwieweit an der Ansicht festzuhalten ist, ein durch ein fehlerhaftes Prozeßverhalten eines Rechtsanwalts verursachter Schaden sei nicht entstanden, solange nicht auszuschließen sei, daß eine dem Mandanten nachteilige gerichtliche Entscheidung in einem weiteren Rechtszug geändert werde** (Senatsurt. v. 9. 7. 1992 – IX ZR 50/91; GI 92, 320 = WM 1992, 2033, 2025), **ist hier nicht zu entscheiden.**

Ein auf die im Einspruchsverfahren begangenen Fehler des Beklagten gestützter Schadenersatzanspruch verjährte danach drei Jahre nach Bekanntgabe des Einspruchsbescheids v. 16. 6. 1988, also spätestens Ende Juni 1991.

2. Indessen kann sich der Beklagte nicht mit Erfolg auf die Verjährung des (Primär-) Anspruchs berufen, weil er, wozu er verpflichtet gewesen wäre, die Kläger nicht auf die Möglichkeit einer eigenen Regreßhaftung und die dafür geltende kurze Verjährungsfrist hingewiesen und deshalb die Kläger so zu stellen hat, als wäre die Verjährung des Regreßanspruchs nicht eingetreten (BGHZ 94, 380, 385 = GI 32/85; 129, 386, 391 = GI 95, 169).

a) Hat der Beklagte, wie auf der Grundlage des Hauptvorbringens der Kläger anzunehmen ist, seine Pflicht verletzt, gegen den Feststellungsbescheid für die BGB-Gesellschaft Einspruch einzulegen, **so hätte ihm dies bei der gebotenen Prüfung nach Bekanntgabe der Einkommensteuerbescheide Ende Januar 1988 auffallen müssen.** Über einen aus seinem Unterlassen sich etwa ergebenden Schadenersatzanspruch gegen sich selbst einschließlich der dafür geltenden Verjährungsfrist mußte er die Kläger aufklären.

b) Sollte der Beklagte entsprechend dem Hilfsvortrag der Kläger jenen Feststellungsbescheid nicht erhalten haben, dann lag der Fehler erst in seinem Verhalten im Einspruchsverfahren. **Dieses Verhalten zu überprüfen bestand Anlaß, als ihm der Einspruchsbescheid vom 16. 6. 1988 zuging.** Die Verpflichtung zu einer solchen Überprüfung entfiel nicht deswegen, weil bereits mit Schreiben vom 23. 6. 1988 der Kläger dem Beklagten das Mandat kündigte. Die Kündigung ist zwar „mit sofortiger Wirkung“ – über den Zugang des Schreibens ist nichts festgestellt – erklärt worden. Die Parteien haben aber übereinstimmend vorgetragen, daß nur für die ab 1. 7. 1988 neu anfallenden laufenden Tätigkeiten das Mandat auf den neuen Steuerberater habe übergehen sollen; das sei auch der Grund dafür gewesen, daß der Beklagte noch im Januar 1989 die Bilanz auf den 30. 6. 1988 aufgestellt habe. Der Beklagte hat dies schon in einem auf die Kündigung hin an den Kläger gerichteten Schreiben v. 28. 6. 1988 so gesehen. Dort heißt es u. a.:

„Ich bitte Sie, daran zu denken, daß gegen den Einspruchbescheid v. 16.6.1988 ggf. Klage einzulegen ist. Der Bescheid wurde am 20.6.1988 zugestellt.

Es wäre vielleicht sinnvoll, wenn mich Herr J. in der Angelegenheit anruft, damit ich ihn über den derzeitigen Stand im Rahmen Ihrer Einkommensteuer unterrichten kann.“

Wenn der Beklagte auch nicht mit der Klageerhebung beim Finanzgericht beauftragt wurde, so blieb er doch zunächst für die Überprüfung des Einspruchsbeseids zuständig. Freilich hätte er sich der Erfüllung dieser Aufgabe bei Fortführung des Mandats nicht bereits in den ersten Tagen nach Zugang des Bescheids zu unterziehen brauchen; er hätte dies vielmehr mit der innerhalb der Klagefrist erforderlichen Beurteilung der Erfolgsaussichten einer solchen Klage verbinden können. **Auch genügt es zur Erfüllung des Sekundäranspruchs, daß der Mandant auf diesen rechtzeitig vor Ablauf der Verjährung des Primäranspruchs hingewiesen wird** (*Senatsurt. v. 14. 11. 1991 – IX ZR 31/91, GI 92, 71 = WM 1992, 579, 581*); diese hatte hier gerade erst ein paar Tage vorher zu laufen begonnen. Es muß aber berücksichtigt werden, daß infolge der Kündigung das Mandat des Beklagten – ungeachtet der bestehenbleibenden Pflicht zum Abschluß der die Vergangenheit betreffenden Vorgänge – auslief. **Der Berater ist zwar nicht verpflichtet, anläßlich der Beendigung des Vertrages seine gesamte Tätigkeit auf etwaige Fehler zu untersuchen** (*Senatsurt. v. 1. 2. 1990 – IX ZR 82/89, GI 90, 112 = WM 1990, 815, 817*). Es besteht auch, sofern nicht der Steuerberater vom selben Mandanten – vor Eintritt der Primärverjährung – später ein neues Mandat über denselben Gegenstand erhält, **keine nachvertragliche Prüfungs- und Hinweispflicht** (*vgl. für den Rechtsanwalt BGH, Urt. v. 10. 10. 1978 – VI ZR 115/77, NJW 1979, 264 und v. 29. 11. 1983 – VI ZR 3/82, MDR 1984, 477; Zugehör NJW Beilage zu Heft 21/1995 S. 17*). Tritt aber noch vor Vertragsende ein akuter Anlaß ein, die Art der Erledigung des Auftrags in einem bestimmten Punkt auf ihre Ordnungsmäßigkeit zu überprüfen, so hat der Berater dies im Rahmen der Abwicklung des Mandats zu tun und den Mandanten bei dieser Gelegenheit auf Fehler, die ihm dabei auffallen müssen, hinzuweisen. Diese aufgrund des Auf-

tragsverhältnisses entstandene Pflicht wird durch den späteren Wegfall des Mandats nicht berührt. Im Streitfall war nur der Beklagte in der Lage, die Zusammenhänge zwischen den Einkommensteuer- und den diesen zugrunde gelegten Feststellungsbescheiden ohne große zusätzliche Mühe aufzuklären. Wie die spätere Entwicklung gezeigt hat, sind den Klägern selbst wie auch dem neuen Steuerberater die Zusammenhänge erst im Jahre 1991 aufgrund von Ermittlungen und Hinweisen des Finanzgerichts klar geworden.

Für die ab 1. 7. 1988 anfallende laufende steuerliche Betreuung hatten die Kläger **einen anderen Steuerberater beauftragt**. Dies allein macht indessen die Berufung des Beklagten auf den Eintritt der (Primär-) Verjährung nicht zulässig. Denn es ist nicht festgestellt oder auch nur vorgetragen, **daß der neue Steuerberater die Kläger über die Möglichkeit eines Ersatzanspruchs gegen den Beklagten und die Verjährung eines solchen Anspruchs belehrt hat**. Der Beklagte durfte auch nicht davon ausgehen, daß der neue Steuerberater die Bearbeitung der steuerlichen Angelegenheiten der Kläger durch den Beklagten auf etwaige von diesem begangene Fehler überprüfen werde (*vgl. BGH 129, 386, 393 f = GI 95, 169*).

c) Die durch die **Sekundärhaftung** des Beklagten im Ergebnis um weitere drei Jahre verlängerte Verjährungsfrist **begann nicht, wie das Berufungsgericht gemeint hat, im Zeitpunkt der Beendigung des Mandats, sondern erst mit Ablauf der Primärverjährung**; denn § 68 StBerG läßt anders als § 51 b BRAO die Verjährung nicht spätestens drei Jahre nach Beendigung des Auftrags enden (*BGHZ 129, 386, 395 = GI 95, 16*). Da die Primärverjährung frühestens Ende Januar 1991 eintrat (siehe oben II 1 a, b), war der Sekundäranspruch bei Klageeinreichung am 9. 1. 1992 noch nicht verjährt.

III.

Das Berufungsurteil ist danach aufzuheben. Die Sache ist insoweit entscheidungsreif, als die Klage entsprechend dem Hauptantrag dem Grunde nach gerechtfertigt ist. Die Kläger haben zwar nach ihrem Vorbringen die Steuern, deren Erstattung sie vom Beklagten verlangen, bisher

nicht gezahlt. Sie hatten deshalb zunächst nur einen **Freistellungsanspruch** (BGHZ 57, 78, 81). Da jedoch der Beklagte die **Schadenersatzleistung endgültig verweigert** hat, können die Kläger entsprechend **§ 250 Satz 2 BGB die Zahlung der Geldsumme an sich selbst beanspruchen** (vgl. BGH, Urt. v. 29. 4. 1992 – VIII ZR 77/91, NJW 1992, 2221, 2222).

Hinsichtlich der Höhe des Klageanspruchs bedarf es weiterer tatrichterlicher Feststellungen; der Beklagte hat die Richtigkeit der Schadenberechnung der Kläger bestritten. Die Sache ist daher insoweit gemäß §§ 565 Abs. 3, 538 Abs. 1 Nr. 3 ZPO an das Landgericht zurückzuverweisen (vgl. BGH, Urt. v. 12. 1. 1994 – XII ZR 167/92, NJW-RR 1994, 379, 381 m.w.N.).

Honorarforderung einer Sozietät

- Geltendmachung durch Sozios?
- Gesamthandsvermögen der Sozietät (BGH, Urt. v. 20. 6. 1996 – IX ZR 248/95)

Leitsatz:

Honorarforderungen aus einem Vertrag mit einer Anwaltssozietät stehen den Sozietätsanwälten zur gesamten Hand und nicht als Gesamtgläubigern zu (Abweichung von BGH, Urt. v. 29. 4. 1963 – III ZR 211/71, NJW 1963, 1301 und v. 19. 6. 1980 – III ZR 91/79, NJW 1980, 2407).

Tatbestand:

Der Kläger war Mitglied einer seit Mitte 1988 nicht mehr betriebenen, in Liquidation befindlichen Anwaltssozietät, der außer ihm u.a. Rechtsanwalt K. angehörte. Aufgrund eines im März 1988 erteilten Auftrags prüfte Rechtsanwalt K. für den Beklagten bestimmte Vertragsentwürfe. Hierfür erteilte die Sozietät dem Beklagten eine Rechnung über 130.781,52 DM. Der Kläger verlangt Zahlung dieses Betrages an sich. Die Vorinstanzen haben die Klage abge-

wiesen. Mit der Revision verfolgt der Kläger sein Klagebegehren weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision ist nicht begründet.

Die Vorinstanzen haben die Klage mit der Begründung abgewiesen, der Kläger sei nicht berechtigt, den vermeintlichen Anspruch im eigenen Namen für sich geltend zu machen. Dies greift die Revision ohne Erfolg an.

1. Das Berufungsgericht ist ohne Rechtsfehler davon ausgegangen, daß der Anwaltsvertrag nicht allein mit Rechtsanwalt K., sondern mit den in der Sozietät zusammengeschlossenen Anwälten einschließlich des Klägers zustande gekommen ist. Der daraus erwachsene Honoraranspruch steht damit, wie das Berufungsgericht weiter zutreffend angenommen hat, der von den Anwälten gebildeten Gesamthandsgemeinschaft zu; eine Anwaltssozietät ist eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Sinne der §§ 705 ff (BGHZ 56, 355, 357). Über Forderungen der Gesellschaft gegen Dritte kann der einzelne Gesellschafter – auch hinsichtlich seines Anteils daran (§ 719 Abs. 1 BGB) – nicht verfügen. Sie sind vielmehr von den geschäftsführenden Gesellschaftern für die Gesellschaft einzuziehen. Entgegen der Regel der §§ 709, 714 BGB sind die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnisse in einer Anwaltssozietät im allgemeinen gemäß § 710 BGB stillschweigend so geregelt, daß nach außen hin jedes Sozietätsmitglied allein die Gesellschaft vertreten kann (BGHZ 56, 355, 359; ebenso Senatsurt. v. 21. 9. 1995 – IX ZR 228/94, WM 1996, 33, 35 für die Steuerberater-sozietät). Der Kläger hätte daher, wie er es zu Beginn des Rechtsstreits vor Umstellung des Klageantrags auf Leistung an sich selbst tatsächlich getan hat, in Vertretung für die Gesellschaft den Beklagten auf Zahlung des Honorarbetrages an diese in Anspruch nehmen können. Die Geltendmachung der Forderung im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ist von der Einzelgeschäftsführungs- und -vertretungsbefugnis des einzelnen Sozietätsmitglieds dagegen nicht gedeckt.

2. Trotz der Zugehörigkeit der Honorarforderung zum Gesellschaftsvermögen stehen **Rechtsprechung und Schrifttum** weitgehend auf dem Standpunkt, ein solcher Anspruch

stehe den Sozietätsmitgliedern als Gesamtgläubigern (§ 428 BGB) mit der Rechtsfolge zu, **daß jedes von ihnen im eigenen Namen die gesamte Forderung geltend machen und deren Begleichung an sich selbst verlangen könne** (BGH, *Urt. v. 29. 4. 1963 – III ZR 211/61*, NJW 1963, 1301, 1302 und v. 19. 6. 1980 – III ZR 91/79, NJW 1980, 2407; OLG Saarbrücken *Rpfleger* 1978, 227, 228; OLG Düsseldorf *AnwBl.* 1985, 388 f; MünchKomm-BGB/Selb, 3. Aufl. § 428 Rdnr. 2; Soergel/Wolf, BGB 12. Aufl. § 428 Rdnr. 5; Göttlich/Mümmeler, BRAGO 15. Aufl. „Anwaltsgemeinschaft“ Rdnr. 3.1; Hansens, BRAGO 8. Aufl. § 5 Rdnr. 5; Riedel/Sußbauer, BRAGO 7. Aufl. § 5 Rdnr. 2; Hartmann, *Kostengesetze* 26. Aufl. § 5 BRAGO Rdnr. 5; dagegen aber Müller NJW 1969, 1416, 1417). Dieser Ansicht kann nicht gefolgt werden.

Eine **Gesamtgläubigerschaft** bedarf der Begründung durch das Gesetz oder durch eine vertragliche Regelung, bei der nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs der Schuldner mitwirken muß (BGHZ 64, 67, 69 f). Eine gesetzliche Bestimmung, nach der die Mitglieder einer Anwaltssozietät die zum Gesamthandsvermögen gehörenden Honorarforderungen als Gesamtgläubiger geltend machen könnten, gibt es nicht. Daß derartiges hier vertraglich vereinbart worden wäre, hat das Berufungsgericht nicht festgestellt, und der Kläger hat es auch nicht behauptet. Aus der Interessenlage heraus läßt sich nicht auf die stillschweigende Vereinbarung einer Gesamtgläubigerschaft schließen. Sie würde eine Zuweisung der Honorarforderung an jeden einzelnen Anwalt ohne Rücksicht auf die mit der jeweiligen Tätigkeit verbundenen Aufwendungen bedeuten. Für die Liquidationsgesellschaft gilt insoweit nichts anderes als für die werbende Gesellschaft. Auch unabhängig davon ist die Begründung einer Gesamtgläubigerschaft für die Gläubiger mit nicht unerheblichen Gefahren verbunden. **Denn wenn mit befreiender Wirkung an einen von ihnen geleistet werden kann, sind die anderen auf ihren Ausgleichsanspruch gegen den Empfänger angewiesen**; sie tragen insoweit das **Insolvenzrisiko** (*Medicus JuS* 1980, 697, 698). **Deshalb kommt die rechtsgeschäftliche Begründung einer Gesamtgläubigerschaft selten vor** (MünchKomm-BGB/Selb a.a.O. § 428 Rdnr. 1; Staudinger/

Kaduk, BGB 12. Aufl. § 428 Rdnr. 11). Bei der Anwaltssozietät sind Gläubiger und Schuldner durch die in ihr geltende Vertretungsregelung gleichermaßen wirksam geschützt. Es wird gewährleistet, daß das Honorar allen an der Sozietät beteiligten Anwälten in ihrer gesamthänderischen Verbundenheit zufließt, und der Schuldner ist durch die Vertretungsmacht des die Forderung namens der Gesellschaft einziehenden Gesellschafters nicht der Gefahr mehrfacher Inanspruchnahme ausgesetzt.

Die Ansicht, Sozietätsanwälten stünden die Honorarforderungen als Gesamtgläubigern zu, dürfte ihren entwicklungsgeschichtlichen Grund darin haben, daß zunächst angenommen wurde, der Mandant beauftrage regelmäßig jeweils nur denjenigen Sozietätsanwalt, an den er sich wende, gestatte diesem aber, jeden anderen Sozius als Vertreter, Substituten oder Mitarbeiter heranzuziehen; jeder von diesen anderen Anwälten, aber auch die Gesellschaft als solche sollte kraft gewillkürter Prozeßstandschaft befugt sein, die Gebührenforderung des eigentlich beauftragten Anwalts im jeweils eigenen Namen einzuziehen (BGH, *Urt. v. 29. 4. 1963 a.a.O.*). In Wirklichkeit kommt, wenn im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, der Vertrag nicht mit dem einzelnen Anwalt, der das Mandat annimmt, sondern mit der Sozietät zustande, in deren Namen jener dabei handelt (BGHZ 56, 355, 359). **Für die Annahme, eine zum Gesamthandsvermögen einer Gesellschaft gehörige Forderung stehe gleichzeitig den einzelnen Gesellschaftern als Gesamtgläubigern zu, gibt es keine Grundlage** (vgl. BGH, *Urt. v. 7. 5. 1991 – XII ZR 44/90*, NJW 1991, 2629).

3. Die Gesellschaft kann allerdings ihrerseits einen einzelnen Gesellschafter im Wege der **gewillkürten Prozeßstandschaft** ermächtigen, einen Anspruch der Gesellschaft im eigenen Namen und auf eigene Rechnung geltend zu machen; dazu bedarf es aber der Zustimmung der anderen Gesellschafter (BGH, *Urt. v. 12. 10. 1987 – II ZR 21/87*, ZIP 1988, 571, 572 f). Auch dafür ist im vorliegenden Fall nichts vorgebracht. Die von der Revision angegriffene Feststellung des Berufungsgerichts, Rechtsanwalt K. habe der Geltendmachung der Forderung durch den Kläger ausdrücklich widersprochen, ist daher nicht entscheidungserheblich. Auf die im Schrifttum gelegentlich geäußerte Ansicht,

der einzelne Anwalt könne – ohne Zustimmung der anderen Sozietätsmitglieder – im eigenen Namen Zahlung des Honorarbetrages an die Sozietät verlangen (*Madert in: Gerold/Schmidt/von Eicken/Madert, BRAGO 12. Aufl. § 5 Rdnr. 5; Schmidt AnwBl. 1978 Rdnr. 49*), ist hier nicht einzugehen; sie spielt für die Entscheidung keine Rolle, weil der Kläger Zahlung an sich allein verlangt.

Fristenkontrolle

- fehlerhafte Adressierung
- krankheitsbedingte Fristversäumnis
(BGH, Beschl. v. 23. 11. 1995 – VZB 20/95)

Leitsatz:

Die Berufungsfrist wird dann nicht ohne Verschulden versäumt, wenn die Nichteinhaltung der Frist darauf beruht, daß der Anwalt infolge länger andauernder Überlastung zeitweise die Fähigkeit zu konzentrierter Arbeit eingebüßt hat.

Aus den Gründen:

I.

Der Beklagte hat gegen das ihm am 8. 8. 1994 zugestellte Urteil des Landgerichts v. 23. 6. 1994 mit Schriftsatz seiner Prozeßbevollmächtigten v. 6. 9. 1994 Berufung eingelegt. Der Schriftsatz war an das Landgericht B. gerichtet. Er ist am 6. 9. 1994 bei einer gemeinsamen Briefannahme der Justizbehörden bei dem Amtsgericht C. eingegangen und über das Landgericht (12. 9. 1994) und die gemeinsame Briefannahme Justizbehörden M. (13. 9. 1994) am 15. 9. 1994 zum Kammergericht gelangt.

Nach einem in der mündlichen Verhandlung v. 29. 6. 1995 erteilten Hinweis – zuvor war die verspätete Berufungseinlegung nicht aufgefallen – hat der Beklagte mit einem am 6. 7. 1995 eingegangenen Schriftsatz Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Berufungsfrist beantragt.

Zur Begründung hat er – unter Versicherung seines Prozeßbevollmächtigten an Eides statt – vorgebracht: Sein Prozeßbevollmächtigter habe

der Büroangestellten J. die ausdrückliche Weisung erteilt, die Berufungsschrift an das Kammergericht zu adressieren. Daß dies unterblieben sei, habe sein Anwalt bei Unterzeichnung des Schriftsatzes nicht bemerkt und infolge eines Erschöpfungszustands auch nicht erkennen können. Am 17. 3. 1994 sei der längjährige Bürovorsteher der Kanzlei, am 24. 6. 1994 völlig überraschend einer der vier Sozien und am 24. 7. 1994 der Schwiegervater des Anwalts verstorben. Die Gewinnung eines neuen Bürovorstehers habe man als aussichtslos eingeschätzt und daher eine eigene Kraft eingearbeitet, was erhebliche Mehrarbeit mit sich gebracht habe. Nach dem Tode des Sozius habe man erst Mitte August 1994 einen jüngeren Assessor gefunden, der in der Einarbeitungszeit allerdings keine Entlastung gewesen sei. Durch den Tod des Schwiegervaters habe sich der Anwalt zudem um den Fortbestand von dessen Bauunternehmen und um die Regulierung des Nachlasses kümmern müssen. Alles dies habe zu einer Überlastung geführt, die die Besorgnis einer gesundheitlichen Schädigung begründet habe. Als der Anwalt gegen Abend des 6. 9. 1994 die Berufungsschrift unterzeichnet habe, habe er sich am Ende seiner Kräfte gefühlt und den Fehler nicht mehr bemerken können.

Mit Beschluß vom 14. 7. 1995 hat das Kammergericht den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen.

II.

Das Rechtsmittel ist nicht begründet. Das Berufungsgericht hat die Berufung des Beklagten zu Recht verworfen, weil sie nicht rechtzeitig eingelegt worden ist und weil die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen der Versäumung der Berufungsfrist nicht in Betracht kommt.

1. Die am 15. 9. 1994 an das Berufungsgericht gelangte Berufung war verspätet. Die Berufungsfrist war nämlich mit Ablauf des 8. 9. 1994, einen Monat nach der am 8. 8. 1994 erfolgten Zustellung des erstinstanzlichen Urteils, verstrichen (§ 516 ZPO). Daß die Berufung vor Ablauf dieser Frist, am 6. 9. 1994, zunächst bei einer **gemeinsamen Briefannahme der Justizbehörden bei dem Amtsgericht C.** eingegangen war, rechtfertigt keine andere Beurteilung. **Die Beru-**

fungsschrift war nämlich nicht an das zuständige Kammergericht, sondern an das Landgericht B. gerichtet. Durch die Einrichtung einer gemeinsamen Briefeinlaufstelle wird aber nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes nichts daran geändert, daß jedes der angeschlossenen Gerichte für sich Empfänger dort eingehender Schriftstücke ist. Mit dem Eingang bei einer solchen Stelle ist daher ein Schriftsatz nur bei dem Gericht eingereicht, an das es gerichtet ist (BGH, Beschl. v. 12. 11. 1986, IVb ZB 127/81, BGHR ZPO § 518 Abs. 1 Berufungsgericht 1; Beschl. v. 10. 1. 1990, XII ZB 141/89, NJW 1990, 990; Beschl. v. 4. 11. 1992, XII ZB 120/92, NJW-RR 1993, 254).

2. Auch die Ablehnung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Berufungsfrist hält einer rechtlichen Prüfung stand. Nach § 233 ZPO setzt die Wiedereinsetzung voraus, daß die Partei ohne ihr Verschulden gehindert war, die Frist einzuhalten. Dabei steht ein Verschulden des Prozeßbevollmächtigten dem Verschulden der Partei gleich (§ 85 Abs. 2 ZPO). Hier ist die Fristversäumung dem Prozeßbevollmächtigten des Beklagten anzulasten.

a) Die **fehlerhafte Adressierung** der Berufungsschrift ist nicht deswegen dem Verantwortungsbereich des Anwalts entzogen, weil er – wie der Beklagte vorgetragen hat – eine Büroangestellte ausdrücklich angewiesen hat, das Schreiben an das zuständige Kammergericht zu richten. **Ein Rechtsanwalt darf nämlich die Anfertigung einer Rechtsmittelschrift nicht eigenverantwortlich seinem – auch gut ausgewählten und geschulten – Büropersonal überlassen. Vielmehr muß der Unterzeichnung stets eine eigene anwaltliche Überprüfung auf Vollständigkeit und richtige Adressierung vorausgehen.** Er trägt die **persönliche Verantwortung** dafür, daß eine Rechtsmittelschrift bei dem richtigen Gericht eingeht (st. Rspr. des Bundesgerichtshofes, s. etwa Beschl. v. 12. 11. 1986, IVb ZB 127/86, BGHR ZPO § 233 Rechtsmittelschrift 2; Beschl. v. 29. 10. 1987, III ZB 33/87, BGHR ZPO § 233 Rechtsmittelschrift 5; Beschl. v. 10. 1. 1990, XII ZB 141/89, NJW 1990, 990).

b) Es entlastet den Prozeßbevollmächtigten des Beklagten auch nicht, daß seine Fähigkeit zu

konzentrierter Arbeit infolge der durch die Todesfälle bedingten Arbeitsüberlastung und die Sorge um den Lebensunterhalt der Schwiegermutter im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Berufungsschriftsatzes sehr eingeschränkt war.

Allerdings ist es anerkannt, daß eine **krankheitsbedingte Fristversäumung** des Anwalts unter besonderen Voraussetzungen, insbesondere bei einer **plötzlich auftretenden Erkrankung**, für die der Anwalt keine Vorsorge treffen konnte, eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand rechtfertigen kann (vgl. BGH, Beschl. vom 15. 2. 1967, VIII ZB 3/67, MDR 1967, 585; Beschl. v. 11. 3. 1987, VIII ZB 2/87, VersR 1987, 785). Mit dieser Konstellation ist der vorliegende Fall jedoch nicht vergleichbar. Die Arbeitsüberlastung und die damit einhergehende körperliche Überanstrengung war kein Umstand, der sich plötzlich und für den Prozeßbevollmächtigten des Beklagten unvorhersehbar ereignet hätte. **Vielmehr hatte sich diese Situation seit Juli 1994 entwickelt und war – wie der Beklagte hat vortragen lassen – ab Mitte August 1994 immer kritischer geworden.** Auch dem Prozeßbevollmächtigten des Beklagten war in dieser Zeit nicht entgangen, daß dies auf seine physische Konstitution nicht ohne Auswirkungen geblieben war. Dies ergibt sich daraus, daß er mit einem befreundeten Arzt gesprochen hatte, der von ihm einen „ungewöhnlich angespannten krankhaften Eindruck“ gewonnen und ihm dringend geraten hatte, „so schnell wie nur irgend möglich Abhilfe zu schaffen und auszuspannen, weil sonst die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs bestehe“.

Angesichts dessen **durfte der Anwalt nicht darauf vertrauen, daß er der Belastung auch weiterhin würde standhalten können, ohne Fehler zu begehen.** Vielmehr mußte er Sorge dafür tragen, daß seine körperliche Verfassung nicht nachteilige Auswirkungen auf die Vertretung der Mandanten haben würde, etwa durch **Bestellung eines Vertreters (§ 53 BRAO)**, um die eigene Schaffenskraft, wie von dem Arzt empfohlen, schnellstmöglich wieder herzustellen, oder durch anderweitige Verteilung der Geschäfte innerhalb der Kanzlei. Der Beklagte hat nämlich nichts dazu vorgetragen, daß die **Sozien ebenfalls so belastet gewesen seien**, daß die Notwendigkeit einer pflichtgemäßen

Erledigung der Geschäfte weitere Umschichtungen nicht zugelassen hätte.

Darüber hinaus hat der Prozeßbevollmächtigte aber auch am Tage der Unterzeichnung des Berufungsschriftsatzes selbst – so ist von dem Beklagten vorgetragen worden – gefühlt, daß er „am Ende“ seiner „Kräfte“ war. **Wenn er eine derartige Schwächung bemerkte, so liegt auch darin ein Verschulden**, daß er gleichwohl den fristwährenden Schriftsatz unterzeichnete, ohne die Konzentration aufbringen zu können, ihn auf die richtige Adressierung hin zu überprüfen. Es bestand nämlich keine Notwendigkeit, den Schriftsatz noch am selben Tage zu unterschreiben. Die Berufungsfrist lief noch zwei Tage länger, bis zum 8.9.1994. Der Schriftsatz hätte also, ohne daß eine Versäumung zu besorgen gewesen wäre, auch noch am nächsten Morgen bei wiederhergestellter Konzentrationsfähigkeit unterzeichnet und ausgefertigt werden können.

GI Leitsätze

Überörtliche Sozietät /Anwälte und Steuerberater /Praxischild

Aus dem Kanzleischild einer überörtlichen Sozietät zwischen Steuerberatern und Anwälten muß klar hervorgehen, über welche Qualifikation das einzelne Sozietätsmitglied verfügt und wo es den Mittelpunkt seiner beruflichen Tätigkeit gewählt hat.

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 6. 11. 1995 – StO 3/94 – WPK-Mitt. 3/1996, S. 241)

GI Hinweise

Der Beck-Verlag legt in dritter Auflage das Steuerliche Vertrags- und Formularbuch vor. Die kurzfristig neu bearbeitete und erweiterte Auflage zeigt, daß sich gesellschafts- und steuerrechtlich vieles ändert und ein großer Abnehmerkreis erschlossen wurde. Das steuerliche Vertrags- und Formularbuch zeichnet sich durch eine getrennte Erläuterung der zivilrecht-

lichen Gestaltungsmöglichkeiten und der denkbaren steuerrechtlichen Folgen aus. Es hilft steuerliche Fehlkonstruktionen zu vermeiden, die rückwirkend nicht beseitigt werden können. Vorangestellt werden „grundsätzliche Anmerkungen“, welche die wirtschaftliche Bedeutung des jeweiligen Vorschlages abhandeln. Das Werk hat einen großen Praxisbezug für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte.

(Steuerliches Vertrags- und Formularbuch, Gesellschaftsverträge, sonstige Verträge, Besteuerungsverfahren, Rechtsmittelverfahren, Steuerstrafverfahren; 3. neubearbeitete und erweiterte Auflage 1996, 1276 Seiten, DM 220,-, ISBN 3-406-40447-2)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 - 12, 1996)

Abschlußprüfung

- Aufhebung d. Bestellung 96, 200
- Dritthaftung 96, 176
- und Steuerberatung, § 319 HGB 96, 169

AG-Vorstand

- als Steuerberater 96, 191

Akteneinsicht

- Ermittlungsakten, StA 96, 188
- Übersendung? 96, 102

Amtspflichtverletzung

- für Erfüllungsgehilfen 96, 29
- StB-Kosten 96, 106

Anderkonto

- Festgeldanlage 96, 216
- Verfügung über Gelder 96, 136
- Verrechnung mit Gebührenforderung 96, 136

Auskunftsvertrag

- Schaden 96, 42
- = Grunderwerbsteuer

Bankrott

- mangelhafte Buchführung 96, 54

Bauherrenmodell

- Schadenersatz, negatives Interesse 96, 129

Belehrungspflicht d. Notars

- Beweislast 96, 109
- Vorleistung, ungesicherte 96, 109

Belehrungspflicht d. StB/WP

- Beweislast 96, 221
- = unterlassene Belehrung 96, 221
- Dokumentationspflicht?, 96, 221
- des Freiberuflers 96, 281
- = gewerbliche Tätigkeiten 96, 81
- Gewerbesteuerücklage 96, 117
- nach Notaranfrage?

- Reinvestitionsrücklage	96, 81	Erfolgshonorar	96, 225
- ungefragte -		Erfüllungsgehilfe	
= Alternativgestaltungen	96, 242	- des Notars	
= bei Notaranfrage	96, 117	= bei Grundbucheinsicht	96, 29
= Reinvestitionsrücklage	96, 81	Erlaß	
= vollständige -	96, 3	- Steuerausweis, unberechtigter	
- Wiederholung, Pflicht zur -	96, 221	§ 14 Abs. 3 UStG	96, 58
Bereicherungsanspruch,		Ermessensentscheidung	
§ 812 Abs. 1, Satz 1 BGB		- Schaden	96, 58
- nichtiger Steuerberatungsvertrag	96, 196	Finanzgerichtsordnung	
Berufshaftung		- Klageerhebung, § 42 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28
- Belehrung über Fehler		Firma	
in den eigenen Arbeiten	96, 183	- „und Partner“	96, 266
Berufsverbot		Fortbildungsveranstaltung	
- d. RA		- Werbungskosten	96, 78
= wegen Falschaussage	96, 203	Freiberufler	
= wegen Zeugenbeeinflussung	96, 203	- gewerbliche Tätigkeiten	96, 281
- d. StB		Fristenkontrolle	
= wegen Vermögensverfall	96, 54, 89	- Ausgangskontrolle	
Betrug		= Telefax	96, 254
- Sicherheiten, vollwertige	96, 120	- Empfangsbekenntnis	96, 252, 253
Beweislast		- Fristenkontrollbuch	
- für rechtmäßiges Alternativverhalten	96, 71, 293	= Organisationsverschulden,	
- unterlassene Aufklärung/Belehrung	96, 247	Fristlöschung	96, 107
- Buchführungsfehler	96, 277	= namensgleiche Parteien	96, 124
- Empfangsbekenntnis		= Zustellungsdatum	96, 252
= Gegenbeweis	96, 253	- Fristüberwachung durch RA	
- Notarfehler, Schaden	96, 293	= bei Aktenvorlage	96, 2, 124
BFH-Rechtsprechung		= Diktatkontrolle	96, 240, 309
- Erschließungskosten		= trotz EDV-Programm	96, 34
als Werbungskosten	96, 54	= Fristdiktat, Überprüfung des -	96, 108
- gewerblicher Grundstückshandel	96, 150	= Gerichtsferien	96, 107
Bilanzberichtigung		- Fristversäumnis, unverschuldetes	
- Vorjahresbilanzen?	96, 233	= Beförderung d. Post durch neuen	
Bilanzerstellung		Mitarbeiter	96, 35
- Rückstellungen		= Empfangsbekenntnis,	
= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 242	Unterzeichnung d. -	96, 205, 252, 253
Buchführung, mangelhafte		= Faxübermittlung	96, 151
- Bankrott	96, 54	= Fristberechnung	96, 107, 124
Buchführungshelfer		= Krankheit	96, 145, 309
- Jahresabschluß	96, 277	= Postverschulden	96, 266
- Vorbereitungsarbeiten f. Abschluß	96, 277	= Telefonauskunft des Gerichts	96, 152
Darlegungslast		= Unterschriftskontrolle	96, 87
- Buchungsfehler	96, 277	- Telefax	
Dokumentationspflicht		= Empfang, Ausdruck	96, 216
- über Belehrung	96, 247	= Funktionsfähigkeit	96, 216
Dritthaftung		= Sendebericht	96, 254
- Vertrag mit Schutzwirkung		= Weisung an Bürokraft	96, 151
zugunsten Dritter		- Unterschriftskontrolle	96, 87
= Bilanzerstellung	96, 96	Garantievertrag	
= Gesellschaftsgründung	96, 278	- Steuerberatungsvertrag	96, 42
= Prüfungsauftrag	96, 71, 176	Gebührenvereinbarung	
= Sachverständigengutachten	96, 41	- und d. Gebührenordnung	96, 267
= Testamenterrichtung	96, 39	Gefälligkeit	
= Testat	96, 96	- Verantwortung für -	96, 183
Eigentumswohnung		Gewerbebetrieb	
- Steuerberatungspraxis		- des Freiberuflers	96, 281
= Nutzungsänderung	96, 52	verdeckte Gewinnausschüttung	
Einspruch		- Geschäftsführergehalt	96, 242
- Fristversäumnis		- GmbH-Geschäftsführer	96, 188
= WE-Antrag	96, 48	- Schaden	
- Gewerbesteuermeßbescheid		= Gewerbesteuerschaden	96, 242
= Rückstellungsbildung	96, 81	= Kapitalabfluß	96, 242
Einwand rechtmäßigen		= Steuervorteile	96, 176
Alternativverhaltens		- Tantieme	96, 188
- Beweislast	96, 71	GI Aktuell	
Entnahme		- Abzug von Betriebsausgaben	96, 215
- durch Nutzungsänderung	96, 78	- Anlage E, Bestandskraft	96, 28

– Erschließungskosten, nachträgliche	96, 54	– Unterschrift	96, 18, 188
– gewerblicher Grundstückshandel	96, 150	– = unterschriebene Vollmacht	96, 250
– Hausmüllentsorgung, KSt-Pflicht	96, 292	Klageverfahren	
– ausländische Kapitalgesellschaft	96, 215	– Terminverlegung	
– Kinder a. gesch. Ehe		– = Krankheit	96, 124
– = Kontaktpflege-Aufwendungen	96, 240	Konkursverwalter	
– Kinderbetreuungskosten		– Akteneinsicht, StA	96, 188
– Alleinerziehender	96, 106	– Steuerhaftung, § 34 AO	96, 103, 240
– Kosten d. Erststudiums	96, 215	– Umsatzsteuerhaftung	96, 240
– Mandantenvortrag oder Beleidigung?	96, 215	Konzernhaftung	
– Schriftformerfordernis	96, 18	– StB-GmbH und Einzelpraxis	
– Telefax		– US-WP-Gesellschaft	96, 92
– = Fehler b. Empfänger	96, 214	Kostenerstattungsanspruch	
– Vollmacht, Nachweis der –	96, 28	– Umsatzsteuer d. Anwaltskosten	96, 106
– Zusatzrenten, Bahnversicherungsanstalt	96, 292	Krankheit d. StB	
GmbH		– Bestellung e. Bevollmächtigten	96, 233
– Geschäftsführer	96, 28	– FG-Prozeß	96, 233
– = Steuerhaftung	96, 28	Kreditbetrug	
– Gestaltungsberatung		– vollwertige Sicherheiten	96, 120
– = Handwerker-GmbH	96, 241	Kündigung des Mandates	
– RA- und StB-GmbH	96, 266	– nichtiger Mandatsvertrag	96, 277
Grundstückshandel		Mitverschulden	
– ohne Modernisierungen?	96, 2	– Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. –	96, 85
Grundurteil		Nichtigkeit, § 139 BGB	
– Feststellungsurteil	96, 129	– Praxisveräußerung	96, 189
Honoraranspruch des RA		Notar	
– Erfolgshonorar	96, 225	– Anderkonto	
Honoraranspruch d. StB		– = Festgeldanlage	96, 216
– Änderung d. Rechnung	96, 267	– Belehrungspflichten	
– Bestimmungsrecht, § 366 BGB	96, 207	– = Altenteilsrecht	96, 109
– Buchführung		– = Darlegungs-Beweislast	96, 109
– = Überprüfung und Korrektur	96, 6	– = mittelbare Rechtswirkungen	96, 284
– DATEV-Gebühren	96, 269	– = Straßenverkehrsflächen	96, 22
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		– = rechtliche Tragweite	96, 284
– = Gebührenvorschrift	96, 102	– = Verpfändung von Bundesanleihen	96, 139
– = Verzug	96, 207	– = Weisungen, abweichende –	96, 293
– = Zeitgebühr	96, 269	– = über Wirksamkeitserfordernisse	96, 139
– Gebührenrahmen, § 16 StBGebV	96, 269	– = Wochenendgrundstück	96, 66
– = Buchführung	96, 269	– Beweislast	
– Lohnbuchhaltung	96, 269	– = Kausalität Notarfehler/Schaden	96, 293
– Gebührenvereinbarung, § 4 StBGebV	96, 6, 267	– = Reserveursache	96, 293
– = Auslegung d. –	96, 6	– Erbteilsübertragung	
– nach Kündigung, § 627 BGB	96, 196	– = pflichtteilsrechtliche Auswirkungen	96, 284
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	96, 267	– Formulierungspflicht	96, 284
– Pfändung d. –	96, 103	– Grundbucheinsicht	
– d. Sozietät	96, 307	– = durch Hilfsperson	96, 29
– Verjährung des		– Rechtsmittel, unterlassenes	
– = Buchführungsarbeit	96, 196	– = Erinnerungen, Mahnungen	96, 219
– Verzug		– Vorleistungen, ungesicherte	96, 109
– = Rechnungszugang	96, 207	Ordnungsgeld	
– Zahlung e. Teilbetrages	96, 207	– Betragsrahmen	96, 120
– = Bestimmungsrecht, § 366 BGB	96, 207	– gegen Steuerberater	96, 120
– Zeitgebühr		Pensionsrückstellung	
– = Angaben, § 13 StBGebV	96, 94, 269	– Schaden	96, 272
– = Darlegungslast	96, 94	Pfändung	
– = geringere –	96, 196	– Steuerberaterhonorar	96, 103
Honoraranspruch d. WP		Pflichtteilergänzungsanspruch	
– Nur Wirtschaftsprüfer	96, 94	– d. Pflichtteilergänzungsanspruches	96, 124
– = Steuerberaterleistung	96, 94	– Verjährungsunterbrechung	96, 124
– Steuerberatergebührenverordnung	96, 94	Pkw	
Internationales Privatrecht		– Anschaffung d. Sozies	96, 71
– Art. 3 Abs. 1 Satz 1 EG BGB		Praxisveräußerung	
– = US-WP-Gesellschaft	96, 92	– Nichtigkeit d. Kaufvertrages	96, 189
Kausalität		– Verschwiegenheitspflicht	96, 189
– Fehler des 2. StB		Prozeßbevollmächtigter	
– = WE-Antrag	96, 47	– Zustellung an neuen –	96, 154
– Zwischenpflichtwidrigkeit und Schaden			
– = beratungskonformes Verhalten	96, 100		
Klageerhebung			
– beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28		

Prozeßvollmacht

- Originalvollmacht 96, 28

Prüfungsauftrag

- Prüfungspflichten, § 318 ff. HGB 96, 71
- Schutzpflichten d. - 96, 71

RA-GmbH

- mit StB 96, 266

Rechtsanwalt

- Beratungspflichten
 - = Vermächtnisanspruch, Sicherung des - 96, 155
 - = Versicherungsschutzklage 96, 85
- Testamentserrichtung 96, 37
- Verteidigung
 - = Ausschluß, Tatbeteiligung 96, 292
- unterlassene Vollstreckung 96, 14
- Verkehrs-, Prozeßanwalt 96, 183

Rechtsberatung / Rechtsbesorgung

- Sozialgericht 96, 260
 - = Schwerbehindertengesetz 96, 260
- Vermächtnisanspruch
 - = Sicherung des - 96, 155

Rechtsprechungsänderungen

- Beweismaßstäbe d. § 287 ZPO 96, 256

Regreßprozeß

- Beweismaßstab, § 287 ZPO 96, 256
- Freistellungsanspruch 96, 301
- Leistungsanspruch 96, 301
- Parteierklärung oder RA-Schriftsatz? 96, 109

Sachverständiger

- Dritthaftung
 - = Arglist d. Auftraggebers 96, 41

Schaden

- Behördenentscheidung, richtige - 96, 58
- Bußgeld 96, 272
- Ermessensentscheidung 96, 58
- Kapitalanlage
 - = Bauherrenmodell 96, 129
 - = negatives Interesse 96, 141
- Pensionsrückstellung 96, 272
- konsolidierte Schadenbetrachtung
 - = Betriebsumwandlung 96, 279
 - = verdeckte Gewinnausschüttung 96, 172
- vermeidbare Steuerbelastung
 - = Grunderwerbsteuer 96, 42
- vermeidbares Steuerberatungshonorar 96, 47
- Steuerstrafe 96, 272
- Steuervorteile
 - = verdeckte Gewinnausschüttung 96, 172
- Vertrauensschaden 96, 141
- Zwei-Konten-Modell 96, 114

Schätzung (§ 162 AO)

- Schätzungsbefugnis 96, 150, 292
- Vorbehalt d. Nachprüfung 96, 292

Selbstanzeige

- durch Dritten 96, 266

Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB

- rechtswidriges Versäumnisurteil 96, 14

Sozietät

- Anschaffung d. Pkw 96, 71
- Anwaltsnotar u. Wirtschaftsprüfer 96, 150
- Honorarforderung der - 96, 307
- Kündigung, fristlose -
 - = wichtiger Grund 96, 229
- überörtliche -
 - = Praxisschild 96, 311
- Unternehmereigenschaft d. EU 96, 71
- Zusatz „und Partner“ 96, 266

StB-GmbH

- mit RA 96, 266
- mit Zusatz „und Partner“ 96, 266

Steuerberater

- Vermögensverfall 96, 54, 89

Steuerberaterprüfung

- berufspraktische Vorbildung
 - = RA-Tätigkeit 96, 2

Steuerberatungsgesetz

- § 1
 - = Buchführungsfehler 96, 277
- § 5
 - = Steuerberater als Erfüllungsgehilfe 96, 180, 197
 - = Unternehmensberater 96, 180, 196
- § 9 Abs. 2
 - = verschleierte Vermittlungsprovision 96, 196
- § 32 Abs. 2, Verbot gewerblicher Tätigkeit
 - = Vorstand einer AG 96, 191
- § 46 Abs. 3 Nr. 2
 - = Vermögensverfall 96, 54

Steuerberatungsvertrag

- Nichtigkeit, § 134 BGB
 - = Bereicherungsanspruch 96, 196
 - = unerlaubte Steuerberatung 96, 180

Steuererklärung

- Berichtigungspflicht 96, 220

Steuergestaltungsberatung

- Alternativgestaltung 96, 242
- geeignete Gesellschaftsform
 - = Handwerker-GmbH 96, 241
- Saldierung d. Vor- und Nachteile 96, 241
- Umwandlung 96, 241
- ungefragte - 96, 242

Steuerhaftung

- GmbH-Geschäftsführer
 - = Steuerberaterverschulden 96, 28, 266

Steuerhinterziehung

- Berichtigungspflicht 96, 220
- Garantenstellung d. Steuerberaters 96, 220

Telefax / Telebrief

- Ausgangskontrolle 96, 254
- Fehler i. Empfangsgerät 96, 214, 216
- Sendebericht 96, 254

Testat

- Vertrauen in - 96, 96

Treuhänder

- Schweigepflicht 96, 103

Umsatzsteuer

- Kostenfestsetzung 96, 106
- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3
 - = Erlaß 96, 2

Umwandlung

- Handwerker-GmbH 96, 241
- Saldierung d. Vor- u. Nachteile 96, 241, 278

Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB

- Mahnbescheid
 - = Primär- und Sekundäranspruch 96, 299
- Sekundäranspruch 96, 299

Unternehmenskauf

- Bilanztestat 96, 96

Unterschrift

- Doppelname 96, 118
- Klageerhebung
 - = unterschriebene Vollmacht 96, 18, 188
- Kontrolle der - 96, 250
- 96, 87

Untreue, § 266, 266 a StGB

- vorenthalten von Arbeitsentgelt 96, 124
- Notar-Anderkonto 96, 124
- Regreß gg. GmbH-Geschäftsführer 96, 124
- Strafzumessung 96, 124

Verjährung

(§ 51 BRAO a. F., § 51 b BRAO n. F.)

- Verjährungsbeginn 96, 299
- = Gewährleistungsfrist 96, 155
- = Sicherung d. Vermächtnisanspruchs 96, 55
- Werkvertrag 96, 55

Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)

- Belehrungspflicht über eigene Fehler und über Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch 96, 301
- = Anlaß für - 96, 50, 301
- = Beginn der - 96, 301
- = nachvertragliche - ? 96, 125
- gem. § 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB 96, 125
- Hemmung d. Verjährung, §§ 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB 96, 125
- Verjährungsbeginn 96, 165
- = Folgeschäden 96, 125, 165
- = Rechtskraft d. Steuerbescheides 96, 125
- = Wirtschaftsberatung 96, 125
- = Zugang d. Steuerbescheides 96, 125
- Verjährungshemmung 96, 125, 301
- = Einspruchsverfahren 96, 301
- = Prozeßfehler 96, 301

Vermögensverfall

- d. Steuerberaters 96, 54, 89

Verschwiegenheit

- Praxisveräußerung 96, 189
- d. Treuhänders 96, 103

Versicherungsschutzklage

- Belehrung ü. Klagfrist, § 12, 3 VVG 96, 85

Verteidigung

- Ausschuß, Tatbeteiligung 96, 292

Verzug

- des Steuerberaters 96, 47

Vollmacht

- Nachweis d. - 96, 28
- durch Telefax? 96, 233

Werbeverbot

- Anzeige 96, 240
- Sachinformation, § 52, 2 WPO 96, 240

Werbung

- Einladung, Nichtmandanten 96, 260

Werkvertrag

- Anwendbarkeit d. § 51 b BRAO 96, 55

Wiedereinsetzung

- Antrag 96, 80, 266
- = Begründung 96, 144
- Beschluß d. Gerichtes 96, 151
- = Bindung, § 318 ZPO 96, 151
- Fristwahrung 96, 240, 266
- = beantragter Verlängerungszeitraum 96, 80, 266
- Glaubhaftmachung 96, 80
- = Kopie d. Postausgangsbuches 96, 80
- = Vorlage d. Fristenkontrollbuchs 96, 80
- Nachweis d. RA über Absendung 96, 80

Wirtschaftsprüfer

- US-Gesellschaft 96, 92

Zustellung

- Datum d. - 96, 252, 253
- Empfangsbekanntnis 96, 253
- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. - 96, 85

- an neuen Prozeßbevollmächtigten 96, 154
- an StB oder Mandanten 96, 2
- Verzögerung d. - 96, 85
- Zustellungsdatum 96, 252
- zweite - 96, 205

Zwangsvollstreckungsauftrag

- Einwand d. § 826 BGB 96, 14
- gegen RA 96, 14
- rechtswidriger Titel 96, 14

Zwei-Konten-Modell

- Schaden? 96, 114

- BGH v. 10. 11. 1994 - III ZR 50/94 96, 41
- = NJW 95, 392

- BGH v. 17. 11. 1994 - IX ZR 208/93 96, 85
- = NJW-RR 95, 252 = WM 95, 212
- = VersR 95, 336

- BGH v. 18. 1. 1995 - 2 StR 693/94 96, 54
- = Wistra 95, 146

- BGH v. 9. 2. 1995 - 4 StR 662/94 96, 120
- = wistra 95, 222

- BGH v. 20. 2. 1995 - II ZB 16/94 96, 34
- = NJW 95, 1499 = VersR 95, 1372
- = AnwBl 95, 374 = BB 95, 748

- BGH v. 13. 6. 1995 - IX ZR 121/94 96, 37
- = NJW 95, 2551 = DSStR, 1199
- = WM 95, 1504

- BGH v. 20. 6. 1995 - XI ZB 9/95 96, 144
- = NJW 95, 2497 = VersR 96, 123
- = DSStR 95, 1481

- BGH v. 22. 6. 1995 - LwZB 1/95 96, 66
- BGH v. 22. 6. 1995 - IX ZR 122/94 96, 66
- = NJW 95, 2713 = WM 95, 1883

- BGH v. 18. 9. 1995 - NotZ 45/94 96, 150
- = AnwBl 1996, 45

- BGH v. 21. 9. 1995 - IX ZR 228/94 96, 14
- = NJW 96, 48 = WM 96, 35 = VersR 96, 190

- BGH v. 28. 9. 1995 - IX ZR 13/95 96, 220
- betr. OLG Köln GI 1995, 104

- BGH v. 12. 10. 1995 - VII ZB 14/95 96, 240
- BGH v. 18. 10. 1995 - I ZB 15/95 96, 35

- = NJW 96, 319 = VersR 96, 256
- = MDR 96, 316

- BGH v. 19. 10. 1995 - IX ZR 20/95 96, 6
- = NJW-RR 96, 375 = WM 96, 73 = DB 96, 210

- BGH v. 19. 10. 1995 - IX ZR 104/94 96, 22
- = NJW 96, 520 = WM 96, 30

- = VersR 96, 336 = AnwBl 96, 51

- BGH v. 2. 11. 1995 - IX ZR 15/95 96, 109
- = NJW 96, 522 = WM 96, 84 = VersR 96, 471

- BGH v. 9. 11. 1995 - IX ZR 161/94 96, 3
- = NJW 96, 312 = WM 96, 71

- = VersR 96, 236 = DSStR 96, 563
- BGH v. 16. 11. 1995 - IX ZR 148/94 96, 55

- = NJW 96, 661 = WM 96, 540 = BB 96, 453
- BGH v. 16. 11. 1995 - IX ZR 14/95 96, 183

- BGH v. 22. 11. 1995 - 3 StR 478/95 96, 124
- = wistra 1996, 105

- BGH v. 23. 11. 1995 - IX ZR 213/94 96, 29
- = NJW 96, 464 = WM 96, 81 = VersR 96, 202

- BGH v. 23. 11. 1995 - IX ZR 225/94 96, 58
- = NJW 96, 842 = WM 96, 542 = DB 96, 470

- BGH v. 23. 11. 1995 - V ZB 20/95 96, 309
- = NJW 96, 997 = VersR 96, 734
- = Stbg 96, 310 = AnwBl 96, 169

BGH v. 6. 12. 1995 – VIII ZR 12/95 = NJW 96, 998 = WM 96, 538 = BB 96, 185	96, 87	BGH v. 11. 7. 1996 – IX ZR 116/95 = WM 96, 2074	96, 293
BGH v. 7. 12. 1995 – VII ZB 27/95 = NJW 96, 853 = VersR 96, 479 = AnwBI 96, 170	96, 108		
BGH v. 20. 12. 1995 – 5 StR 412/95 = wistra 1996, 184	96, 220	OLG Bamberg v. 1. 2. 1996 – 3 W 11/96 = WPK-Mitt. 3/1996	96, 266
BGH v. 21. 12. 1995 – VII ZB 17/95	96, 151	OLG Celle v. 29. 11. 1995 – 9 U 51/95 = wistra 1996, 114	96, 124
BGH v. 29. 12. 1995 – IV R 76/94	96, 250	OLG Düsseldorf v. 21. 7. 1994 – 13 U 165/93	96, 281
BGH v. 9. 1. 1996 – IX ZR 103/95 = NJW-RR 96, 569 = WM 96, 551 = BB 96, 526	96, 81	OLG Düsseldorf v. 13. 10. 1994 – 13 U 211/93	96, 94
BGH v. 11. 1. 1996 – VII ZR 85/95 = NJW 96, 1278 = WM 96, 1096 = BB 96, 716	96, 183	OLG Düsseldorf v. 13. 10. 1994 – 13 U 217/93	96, 47
BGH v. 18. 1. 1996 – III ZR 73/95 = NJW 96, 997 = DSfR 96, 475	96, 118	OLG Düsseldorf v. 8. 12. 1994 – 13 U 18/94	96, 180
BGH v. 18. 1. 1996 – IX ZR 81/95 = NJW 96, 2675 = WM 96, 518 = ZIP 96, 588	96, 139	OLG Düsseldorf v. 9. 12. 1994 – rkr. nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 3. 7. 1995 – II ZR 172/95	96, 92
BGH v. 29. 1. 1996 – AnwSt (R) 11/95	96, 203	OLG Düsseldorf v. 16. 2. 1995 – 13 U 299/93	96, 141
BGH v. 8. 2. 1996 – VII ZB 21/95 = MDR 96, 736	96, 154	OLG Düsseldorf v. 9. 3. 1995 – 13 U 57/94	96, 114
BGH v. 8. 2. 1996 – IX ZR 151/95 = NJW 96, 1543 = WM 96, 662 = AnwBI 96, 287	96, 136	ebenso: Urt. v. 9. 3. 1995 – 13 U 56/94	
BGH v. 8. 2. 1996 – IX ZB 95/95 = NJW 96, 1349 = MDR 96, 530	96, 107	OLG Düsseldorf v. 22. 6. 1995 – 13 U 150/94	96, 50
BGH v. 8. 2. 1996 – IX ZR 215/94 = WM 96, 1106 = DSfR 96, 634	96, 129	OLG Düsseldorf v. 6. 7. 1995 – 13 U 168/95	96, 207
BGH v. 29. 2. 1996 – IX ZR 150/95	96, 216	OLG Düsseldorf v. 12. 10. 1995 – 13 U 152/93	96, 241
BGH v. 29. 2. 1996 – IX ZR 180/95 = WM 96, 1106 = BB 96, 1081	96, 125	OLG Düsseldorf v. 6. 11. 1995 – StO 3/94 = WPK-Mitt. 3/1996, 241	96, 311
BGH v. 4. 3. 1006 – StbSt (R) 4/95	96, 191	OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1996 – 13 U 255/94	96, 267
BGH v. 20. 3. 1996 – VIII ZB 7/96 = NJW 96, 1682 = BB 96, 1299	96, 152	OLG Düsseldorf v. 26. 2. 1996 – 3 Wx 279/95 – DB 1996, S. 1178	96, 266
BGH v. 21. 3. 1996 – IX ZR 240/95 = WM 96, 1836 = NJW 96, 1954 = WPG 96, 469 = DSfR 96, 1626	96, 196	OLG Düsseldorf v. 25. 4. 1996 – 13 U 81/95	96, 269
BGH v. 26. 3. 1996 – IV ZB 1 + 2/96	96, 205	OLG Frankfurt v. 1. 2. 1996 – 3 VAs 29/95 = wistra 1996, 197	96, 188
BGH v. 27. 3. 1996 – IV ZR 185/95 = WM 96, 1410 = NJW 96, 1743 = MDR 96, 820	96, 124	OLG Frankfurt v. 20. 5. 1996 – 20 W 121/96 = ZIP 1996	96, 266
BGH v. 29. 3. 1996 – 2 ARs 31/96 = wistra 1996, 272	96, 292	OLG Hamburg v. 6. 9. 1995 – 5 U 100/93	96, 247
BGH v. 16. 4. 1996 – VI ZR 362/95 = NJW 96, 1968 = MDR 96, 967	96, 252	OLG Hamm v. 25. 11. 1994 – 25 U 205/93	96, 242
BGH v. 22. 5. 1996 – VIII ZR 194/95 = WM 96, 1815 = NJW 96, 2087 = DSfR 96, 1576	96, 189	OLG Hamm v. 1. 2. 1995 – 15 U 116/92	96, 277
BGH v. 4. 6. 1996 – IX ZR 246/95 = WM 96, 1841 = NJW 96, 2571 = DB 96, 1869 = WPG 96, 560	96, 221	OLG Hamm v. 3. 5. 1995 – 25 U 129/94	96, 42
BGH v. 10. 6. 1996 – II ZR 102/95 = WM 96, 1452 = NJW 96, 2573 = DSfR 96, 1256	96, 229	OLG Hamm v. 2. 6. 1995 – 25 U 162/94	96, 272
BGH v. 13. 6. 1996 – III ZR 113/95 = WM 96, 1465 = NJW 96, 2499	96, 225	OLG Hamm v. 5. 10. 1995 – 28 U 22/95	96, 155
BGH v. 13. 6. 1996 – VII ZB 12/96 = NJW 96, 2514	96, 253	OLG Hamm v. 13. 12. 1995 – 25 U 173/94	96, 117
BGH v. 13. 6. 1996 – VII ZB 13/96 = WM 96, 1821 = NJW 96, 966	96, 255	OLG Karlsruhe v. 23. 11. 1995 – 9 U 24/95	96, 169
BGH v. 13. 6. 1996 – IX ZR 233/95	96, 256	OLG Koblenz v. 20. 1. 1995 – 2 U 1019/93	96, 102
BGH v. 20. 6. 1996 – IX ZR 100/95 = WM 96, 2066 = BB 96, 1859	96, 301	OLG Köln v. 16. 3. 1995 – 7 U 96/94	96, 172
BGH v. 20. 6. 1996 – IX ZR 248/95 WM 96, 1632 = NJW 96, 2859 = DSfR 96, 1453 = AnwBI 96, 543	96, 307	OLG Köln v. 7. 6. 1995 – 11 U 287/94	96, 165
BGH v. 2. 7. 1996 – IX ZR 19/96 = WM 96, 2069 = NJW 96, 2797 = BB 96, 1858	96, 299	OLG München v. 28. 9. 1995 – 1 U 2954/95 = StB 1996, 119	96, 106
		OLG Stuttgart v. 11. 5. 1994 – 8 W 89/94 = NJW 1995, 2838	96, 103
		OLG Stuttgart v. 25. 7. 1995 – 12 U 57/94	96, 71, 176
		OLG Stuttgart v. 31. 1. 1996 – 1 WS 1/96 = wistra 1996	96, 266
		KG v. 8. 6. 1994 – 24 W 5760/93 = NJW-RR 1995, 333	96, 52
		BFH v. 26. 1. 1984 – VR 65/76 = BFHE 140, 121 = BStBl II 1984, 231	96, 71
		BFH v. 18. 6. 1993 – VR 106/92 = BFH/NV 1995, 306	96, 124
		BFH v. 10. 2. 1994 – VII B 224/94 = BFH/NV 1995, 812	96, 102
		BFH v. 21. 6. 1994 – VII R 34/92 = BStBl 1995 II, 230	96, 103
		BFH v. 30. 8. 1994 – VII R 101/92 = WPK-Mitt. 1995, 99 = BStBl 1995 II, 278	96, 28
		BFH v. 30. 8. 1994 – VII R 101/92 = Stbg 1996, 358	96, 266

BFH v. 8.9.1994 – V R 3/92 = BFH/NV 1995, 834	96, 2	LG Düsseldorf v. 1.7.1996 – 46 – 133 (95) = WPK-Mitt. 3/96, 231	96, 260
BFH v. 18.1.1995 – I B 181/93 = BFH/NV 1995, 852	96, 2	LG Limburg v. 13.7.1994 – 1 O 112/94	96, 284
BFH v. 26.1.1995 – IV R 39/93 = BFH/NV 1995, 873	96, 78	FG Brandenburg v. 30.11.1995 – 2 K 50/95 StB	96, 89
BFH v. 21.2.1995 – VIII R 76/93 = BFH/NV 1995, 989	96, 80	FG Bremen v. 13.11.1995 – 295176E2 + 295178E2 = StB 1996, 117	96, 106
BFH v. 27.2.1995 – V B 54/94 = BFH/NV 1995, 835	96, 71	FG München v. 18.4.1995 – 7 K 2/93, rkr. = LEX-inform 0127338	96, 150, 292
BFH v. 2.3.1995 – IV R 59/94 = BGH/NV 1995, 959	96, 78	= STEUER-TELEX 5022	
BFH v. 7.3.1995 – VII R 84/94 – Vorinstanz FG Baden-Württemberg EFG 1994, 983 = StBkammer Rh-Pf KM 8/95	96, 2	BSozG v. 16.5.1995 – 9 RV 14/94 = Stbg 1995, 566	96, 260
BFH v. 21.3.1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 2		
BFH v. 21.3.1995 – III R 259/94 = BFH/NV 1995, 907	96, 124		
BFH v. 4.4.1995 – IV B 129/94 = BFH/NV 1995, 876	96, 2		
BFH v. 4.4.1995 – VII R 74/94 = BFH/NV 1995, 1019 vgl. FG Brandenburg, GI 1995, 144	96, 54		
BFH v. 21.4.1995 – VIII B 133/94 = BFH/NV 1995, 954	96, 103		
BFH v. 25.4.1995 – VIII R 86/94 = BFH/NV 1995, 1002	96, 80		
BFH v. 26.4.1995 – I R 22/94 = LEXinform 0127099	96, 28		
BFH v. 26.5.1995 – X B 335/94 = BFH/NV 1995, 1004	96, 120		
BFH v. 28.9.1995 – IV R 76/94 = BFH/NV 1996, 332	96, 188		
BFH v. 11.10.1995 – VIII B 106/95 = BFH/NV 1996, 332	96, 188		
BFH v. 12.10.1995 – I R 4/95 = BFH/NV 1996, 437	96, 188		
BFH v. 7.11.1995 – IX R 99/93	96, 54		
BFH v. 9.11.1995 – XI B 149/94 = BFH/NV 1996, 481	96, 233		
BFH v. 28.11.1995 – VII R 63/95	96, 28		
BFH v. 29.11.1995 – X B 56/95	96, 80		
BFH v. 12.12.1995 – IV B 79/95 = BFH/NV 1996, 475	96, 216		
BFH v. 19.12.1995 – VII R 53/95 = BFH/NV 1996, 522	96, 240		
BFH v. 19.12.1995 – IX R 5/95	96, 54		
BFH v. 31.1.1996 – VIII B 102 – 103/94, VIII R 30 – 31/94 = BFH/NV 1996, 566	96, 240		
BFH v. 8.3.1996 – III R 146/93	96, 106		
BFH v. 16.2.1996 – I R 150/94 = LEXinform 0136326 = Steuer-Telex 2329	96, 233		
BFH v. 14.3.1996 – IV R 44/95 = LEXinform 0136322 = Steuer-Telex 2328	96, 233		
BFH v. 18.3.1996 – IR 103/95 = BFH/NV 1996, 630	96, 266		
LG Arnsberg v. 10.3.1995 – 2 O 473/94, rkr.	96, 96		
LG Berlin v. 30.4.1996 – 7 O 514/95, rkr.	96, 278		
LG Dortmund v. 15.11.1995 – 6 O 200/95	96, 100		
LG Düsseldorf v. 27.3.1996 – 46 – 132 (95) = WPK-Mitt. 3/96, 231	96, 260		